

Arbeit & Wirtschaft



Sozial macht Staat

*Bewährt in der Pandemie und fit für kommende Krisen.
Die demokratische Mehrheit in Österreich will den
Sozialstaat – stabil finanziert und fair!*

Das könnt ihr euch sparen / 18

Lohnnebenkosten-Senkung
beschädigt den Sozialstaat

So bleiben wir gesund / 14

ÖGK-Obmann Andreas Huss
fordert höchstes Niveau für alle

#6



EVA WINTERER CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
MIRIAM MONE ILLUSTRATIONEN
FLORIAN PRAXMARER LEKTORAT
SONJA ADLER SEKRETARIAT

Mitarbeiter:innen dieser Ausgabe

Sonja Adler, Christian Bunke, Christian Domke Seidel, Alexander Foggensteiner, Johannes Gress, Heike Hausensteiner, Karin Heitzmann, Thomas Jarmer, Markus Marterbauer, Stefan Mayer, Brigitte Pellar, Ingrid Reischl, Eva Reisinger, Melanie Stransky, Alexia Weiss, Eva Winterer, Markus Zahradnik

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22 und
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
 Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793
 zeitschriften@oegbverlag.at
 www.oegbverlag.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudorf, Bickfordstraße 21

Verlagsort Wien**Herstellungsort** Neudorf**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Johannes Bagga, Lukas Huemerlehner
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 2,50 (inkl. MwSt.)
 Jahresabonnement Inland € 20,- (inkl. MwSt.)
 Ausland zuzüglich € 12,- Porto
 für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 10,- (inkl. MwSt.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede Autor:in trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Hinter den Kulissen

Jährlich rettet die Wiener Tafel bis zu 750 Tonnen Lebensmittel. Autor **Johannes Gress** begab sich mit einigen der mehreren Hundert Ehrenamtlichen auf eine Tour durch Wien und schaut ab **Seite 27** dorthin, wo der Markt versagt.



Kurz vor der Veröffentlichung der Rohfassung des Rechnungshofberichts zur ÖGK-Reform traf sich Autorin **Alexia Weiss** mit Andreas Huss zu seinem Antrittsinterview als ÖGK-Obmann. Ab **Seite 14** lest ihr seine Pläne für das kommende halbe Jahr.

Das Vermögen der Vielen sichern



EVA WINTERER
CHEFIN VOM DIENST

Der Sozialstaat hatte in der Pandemie eine Sternstunde. Sich zurückzulehnen und auf die Schulter zu klopfen ist jetzt allerdings nicht angebracht. Historische Teuerung und aufziehende Wirtschaftskrise lassen sich weder mithilfe von Alkoholkonsum schön trinken noch durch den Gebrauch von Psychopharmaka durch die rosarote Brille betrachten. Dafür ist die Situation für die Mehrheit der Menschen viel zu ernst.

Gleichzeitig gibt es sie weiterhin, die Dauerbrenner der politischen Diskussion: Dabei werden Maßnahmen, bei denen die Mehrheit verliert, als Gewinn für alle dargestellt! So etwa die wellenförmig wiederkehrende Diskussion um die Senkung der Lohnnebenkosten. Wir lichten die PR-Nebel und sehen eine gänzlich andere Wirkung mancher Heilsversprechen. Markus Marterbauer widerlegt Mythen, die gegen den Sozialstaat und seine Finanzierbarkeit in den medialen Ring geworfen werden. Wir analysieren, wie die Finanzierung des Sozialstaats aussieht, wie die Unternehmen selbst von einem starken, stabil finanzierten Sozialstaat profitieren – und welche Auswirkungen ein Öffnen der „Sparbüchse der Pandora“ tatsächlich hätte.

Die Mehrheit der Menschen hat den Mehrwert ihres Sozialstaats in der Ausnahme-situation der Pandemie erkannt und will mehr davon. Es ist ihr Vermögen. Wie mit diesem Vermögen umgegangen wird, zeigen die Umbaumaßnahmen bei der ÖGK: keine angekündigte Patient:innenmilliarde, stattdessen fließt Geld der Beitragszahler:innen in Privatspitäler, und die Mitsprache der Arbeitnehmer:innen in ihrer eigenen Krankenkasse wurde eingeschränkt. Das ist in etwa so, wie wenn Eigentümer:innen von Unternehmen keine Mitsprache mehr über Strategie und Mittelverwendung hätten. Andreas Huss, Obmann der ÖGK, nimmt im Interview dazu Stellung und spricht über seine Pläne.

Ein abschließender Gedanke zur Finanzierung: Ob wir in einem Sozialstaat leben, das ist eine politische Frage – seine Finanzierung ebenfalls. Es geht also um die Frage, wer zukünftig einen größeren Beitrag dazu leisten soll. Denn am Ende des Tages profitieren wir ein Leben lang davon – unabhängig von Einkommen und Vermögen. Wir profitieren von sozialer Sicherheit und Stabilität. ■

Inhalt

EXPLOSIVE AUSSICHTEN!

06 Für immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft wird das tägliche Leben nicht mehr leistbar – weil die Bundesregierung nur etwas gegen die Effekte der Teuerung unternimmt, aber nicht gegen die Inflation selbst. Einige Expertenvorschläge zur Entschärfung des sozialen Sprengstoffs.

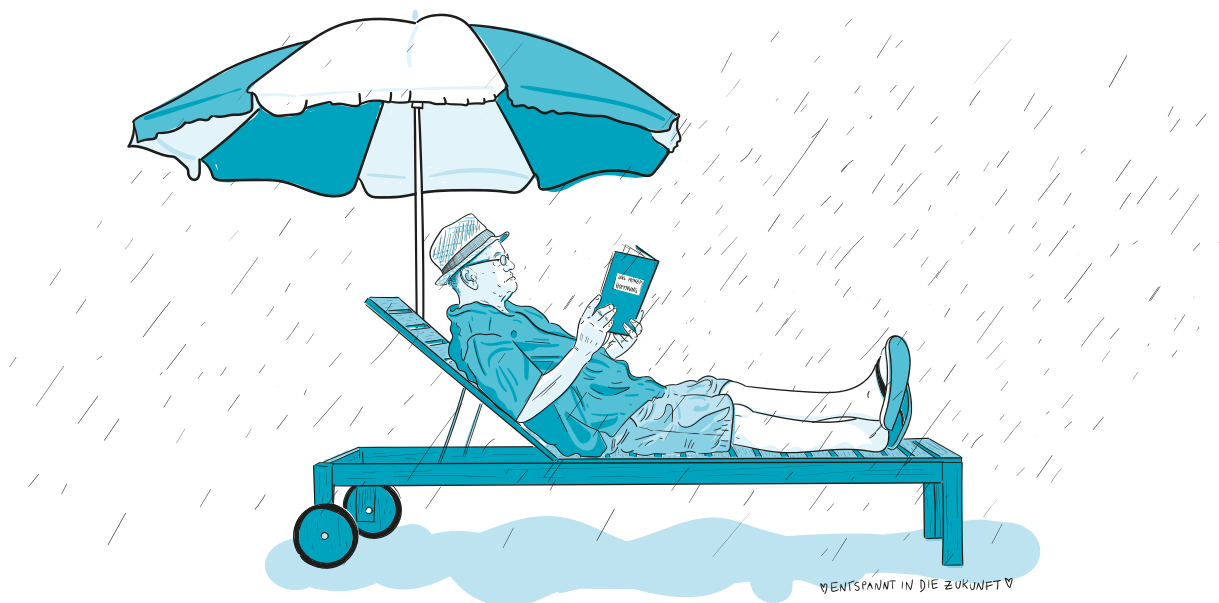
HÖCHSTES NIVEAU FÜR ALLE

14 Harmonisierung des ärztlichen Leistungskatalogs, Ausbau der Primärversorgungszentren, Neuaufstellung des Wahlärzt:innensystems: Andreas Huss, Obmann der Österreichischen Gebietskrankenkasse (ÖGK); hat viel vor. Im Interview betont er, dass es unzulässig ist, das Geld der Beitragszahler:innen an Privatspitäler zu leiten.

SOLIDARITÄT, DIE BESTEHT

32 Österreich setzt im Gesundheits- und Pensionssystem auf eine solidarische Finanzierung. Der internationale Vergleich zeigt, wie gut wir in Krisenzeiten gefahren sind und wie sehr private, gewinnorientierte Modelle schiefgehen können. Expert:innen plädieren daher für einen starken Sozialstaat.

Warum Zielvorgaben in Sozialpolitik?	11
Die „große Frage“ beantwortet Karin Heitzmann	
Der Sozialstaatsstreich	12
Imaginäre Patientenmilliarde, beschädigte Demokratie	
Sparbüchse der Pandora!	18
Ohne Lohnnebenkosten kein Sozialstaat	
Profitfaktor Sozialstaat	22
Auch Unternehmen profitieren vom Sozialstaat	
Neoliberaler Märchenwald	24
Sozialstaatsmythen – Gegenargumente von Markus Marterbauer	
Ohne sie wäre Wien arm dran	26
Helfen, wo der Markt versagt – die Wiener Tafel	
Überlebensmittel Sozialstaat	30
Von Erster Hilfe, Sicherheit und Stabilität	
Nichthandeln ist nicht gratis	36
Gute Argumente gegen einen Rückbau des Sozialstaats	
Sie nennen es Lohnnebenkosten	39
Ein Beitrag aus dem A&W Blog	
Der geheime Jobmotor	40
Arbeitgeber Sozialstaat mit hoher Wertschöpfung	
Ein Gamechanger für Europa	42
Sozialstaat EU – ein Paradigmenwechsel?	
Die Sozialstaat-Story	44
Der Sozialstaat ist ein Demokratieprojekt	
Verteidigen und ausbauen	46
Das letzte Wort hat Ingrid Reischl	



Wissen mit Mehrwert: Der Sozialstaat

Die Geschichte des Sozialstaats in Österreich, seine Funktion und sein Beitrag zu sozialem Wohlstand und Stabilität sowie neueste Entwicklungen kompakt zusammengefasst und immer griffbereit unter arbeit-wirtschaft.at/Sozialstaat.

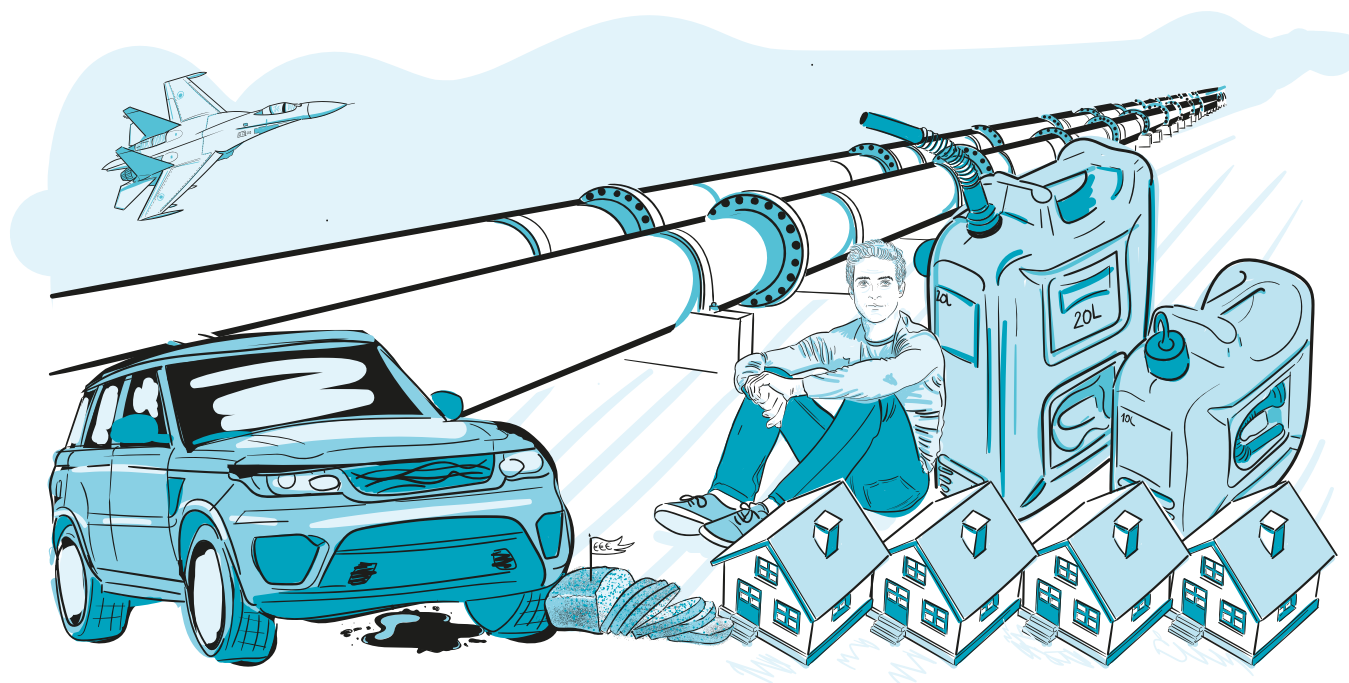


Du bist für einen Perspektivenwechsel bereit?
Dann folge uns auf: Facebook, Instagram, Twitter oder abonniere
unseren wöchentlichen Newsletter

www.arbeit-wirtschaft.at/newsletter

Explosive Aussichten!

Für immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft wird das tägliche Leben unleistbar – weil die Bundesregierung nur etwas gegen die Effekte der Teuerung unternimmt, aber nicht gegen die Inflation selbst. Hier einige Expert:innenvorschläge zur Entschärfung des potenziellen sozialen Sprengstoffs.



TEXT ALEXANDER VOGGENSTEINER

Der Sozialstaat hatte in der Pandemie eine Sternstunde. Doch für Euphorie ist jetzt weder Zeit noch Platz. Denn die nächste Bewährungsprobe für Österreichs Sozialsystem steht unmittelbar bevor: die Bekämpfung der Teuerung und der Kampf gegen Armut und das Armutsrisiko. Für viele Bürger:innen sind nun – nach Corona und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit – die steigenden Preise auf breiter Front zum großen Problem geworden. Denn die Teuerung hat nicht nur jene ohnehin schon von der Armutsgefahr bedrohten Menschen erreicht, sondern auch den Mittelstand. Angesichts der Teuerung steht das

Sozialsystem vor der nächsten Prüfung. Gabriel Felbermayr, Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO), erwartet laut einer Presseaussendung für das ganze Jahr eine Teuerung von knapp acht Prozent – also in etwa so viel wie im Monat Juni. Stimmt diese Vorhersage, dann steigt die Teuerung in Österreich noch weiter – wie sehr, hängt von der weiteren Entwicklung des Krieges in der Ukraine ab, und auch davon, ob weiterhin Gas und Öl nach Europa fließen. Felbermayr jedenfalls rechnet damit, dass die Teuerung weitergegeben wird. Eine Entspannung sieht er frühestens ab dem ersten Quartal 2023.

Schnelle Bekämpfung

Gerade deshalb „müssen wir die Teuerung jetzt bekämpfen – denn sie schlägt zu und macht die Menschen ärmer“, sagt Oliver Picek, Ökonom beim Momentum Institut. Der Sozialstaat sollte die schlimmsten Verwerfungen korrigieren. Insgesamt braucht Österreich eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierung, damit eine noch tiefere Krise verhindert werden kann. Schon vor der Teuerungswelle, die ab etwa Mitte 2021 Fahrt aufnahm, waren in Österreich viele Sozialleistungen im internationalen Vergleich bereits nicht armutsfest. Und das sind sie jetzt noch weniger. Bei manchen Sozialleistungen bezahlt Österreich im internationalen Vergleich wenig: beispielsweise beim Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe. Picek: „Besonders von Armut bedroht sind Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose.“

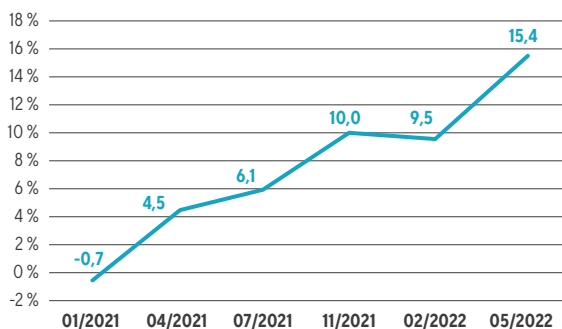
Der Druck auf eine schnelle Bekämpfung erhöht sich. Bereits Mitte März hatte der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) seine Petition „Preise runter“ gestartet. Bis Mitte Juli unterzeichneten 63.475 Personen. Anfang Juni nahmen mehr als 3.200 Betriebsrät:innen an der Preise-runter-Konferenz teil. Kurz danach legte die Regierung Mitte Juni ein Maßnahmenpaket in der Größenordnung von 28 Milliarden Euro gegen die Teuerung vor. Es umfasst die Abschaffung der kalten Progression, 500 Euro Klimabonus, 300 Euro für Bedürftige, 180 Euro Einmalzahlung pro Kind zur Familienbeihilfe und weitere steuerliche Entlastungen. Auch die Wertsicherung von Sozialleistungen wurde angekündigt. So sollen ab Anfang 2023 Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld, Krankengeld, Reha- und Umschulungsgeld, Studienbeihilfe und der Kinderabsetzbetrag wertgesichert werden.

Rascher Verpuffungseffekt

Kritischere Ökonom:innen und auch Gewerkschafter:innen loben zwar das Inflationsdämpfungspaket der Politik, streichen aber vor allem die großen Nachteile hervor: Es ist ein Maßnahmenpaket, „bei dem die Hilfe zu rasch verpufft“, warnt Dominik Bernhofer,

Entwicklung des Mikrowarenkorbs in %

Quelle: Statistik Austria, 07/2022



„Die Politik lässt die Inflation in Österreich wüten“,
sagt Oliver Picek, Chefökonom
des Momentum Instituts.

Steuerexperte der AK Wien, in der Tageszeitung „Der Standard“. Und Ewald Sacher, Präsident der Volkshilfe Österreich, übte in einer Aussendung harsche Kritik an dem Paket gegen die Teuerung. „Das Gesamtvolumen ist durchaus beachtlich. Für die Volkshilfe sind es aber die akut armutsbetroffenen Menschen und Kinder, die eine nachhaltige Unterstützung brauchen. Und hier sehen wir viel Schatten beim Antiteuerungspaket, akute Armut wird damit nicht bekämpft.“ ÖGB-Chef Wolfgang Katzian urteilte in einer Aussendung: „Ein echtes Entlastungspaket braucht mehr!“ Denn viele „Sozialleistungen bleiben unter der Armutsgrenze“. Und: Einmalmaßnahmen wie der Klimabonus und andere Geld-zurück-Aktionen wirken eben nur einmal.

Die Ursachen für die Teuerung würden damit nicht bekämpft, sagen Oliver Picek und auch Elisabeth Springler, Professorin für Makroökonomie an der Fachhochschule des bfi Wien. „Die Regierung setzt es sich nicht zum Ziel, die Teuerung zu bekämpfen, sondern sie will nur die negativen Effekte der Teuerung bekämpfen“, sagt Springler und stellt damit die Treffsicherheit infrage: „Viele Maßnahmen der Regierung kommen nicht nur bei den Beziehenden niedriger Einkommen an, sondern kommen allen zugute. Es kommt daher zu einer stärkeren Ungleichverteilung – und damit auch zu einer stärkeren Umverteilung nach oben.“

Unruhe in der Bevölkerung

An den Stammtischen ist die Teuerung mittlerweile ein zentrales Thema, und die Unruhe in der Bevölkerung wird in den nächsten Monaten bei weiter steigender Inflation zunehmen, und zwar sobald die Einmaleffekte verpufft sind. Das wird spätestens Anfang 2023 der Fall sein, weil der Teuerungsausgleich nur heuer wirkt,

wie Ökonom:innen sagen. Wenn bis zum Jahreswechsel die Mieten inflationsbedingt weiter steigen und im Winter die Heizrechnung um ein paar Hundert Euro höher ist, dann ist das eine Summe, die viele nicht mehr wirklich stemmen können. „Das ist sozialer Sprengstoff“, wie es der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz Anfang Juli in einem ARD-Fernseh-Interview nannte.

Die Preistreiber

„Die Politik lässt die Inflation in Österreich wüten“, sagt der Ökonom Oliver Picek. Fast alles ist in den vergangenen Wochen und Monaten teurer geworden. Besondere Preistreiber sind neben den Mieten die Kosten für Gas und Strom, Treibstoffe, Lebensmittel, aber auch die Preise in der Gastronomie.

Doch der Reihe nach:

1 / Durch die Teuerung wird bei den Mieten ein Automatismus ausgelöst: Mieten, die an den Verbraucherpreisindex angepasst sind, steigen bei entsprechender Inflation automatisch. Hunderttausende Mieter:innen haben in den vergangenen Monaten bereits ein bis zwei Preiserhöhungen durchgemacht. Die nächste könnte schon im Dezember drohen.

2 / Die Gaspreise gehen seit Beginn des Ukraine-Kriegs und aufgrund der Boykott-Politik der Europäischen Union (EU) durch die Decke. Dasselbe gilt für die Spritpreise. Der Aufwand für Energie ist heuer von Jänner bis April um fast ein Viertel gestiegen. In denselben Perioden davor waren es jeweils 0,6 Prozent.

3 / Die Strompreise werden durch eine Berechnungsregel verteuert: die Merit-Order-Regel. Es produzieren zwar Wind- und Solarparks, aber auch Speicher- und Laufkraftwerke gerade in den Sommermonaten billige erneuerbare Energie, die Hersteller verkaufen sie aber aufgrund der besagten Regel überteuert.

4 / Steigende Benzin- und Dieselpreise schlagen bei Pendler:innen durch. Diese haben oft keine Alternative – das müsste differenziert betrachtet werden, weil es Pendler:innen gibt, die die Preisanpas-

sungen nicht spüren, und viele andere, die pendeln müssen, um rechtzeitig bei Schichtbeginn in der Fabrik zu sein, weil der öffentliche Verkehr dorthin fehlt. Zuerst wurde das Abwandern aufs Land gefördert, weil es scheinbar billiger ist. Viele haben sich erhofft, dass sie sich das Leben und Wohnen besser leisten können, und müssen nun stärker einpendeln und dafür auch mehr bezahlen. Die erhofften Einsparungen sind jetzt dahin.

5 / Die Teuerung schlägt jetzt auch unmittelbar auf Lebensmittelpreise durch.

6 / Der Mehrwertsteuersatz für Gastronomie- und Beherbergungsbetriebe wurde im Zuge der Corona-Krise auf fünf Prozent gesenkt. Viele Betriebe haben ihre Preise aber unverändert gelassen und die höhere Gewinnspanne eingesteckt. Als der ermäßigte Steuersatz Anfang Jänner ausgelaufen war, haben die meisten Betriebe die nun wieder höhere Mehrwertsteuer auf ihre Preise aufgeschlagen und ein zweites Mal kassiert.

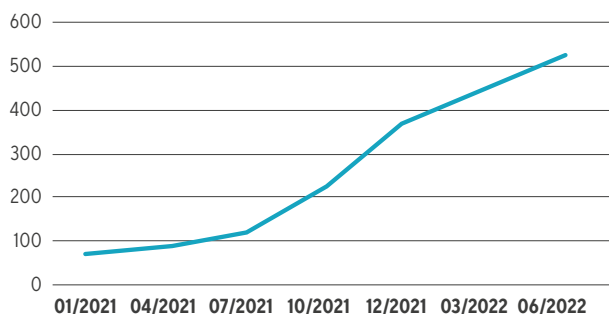
Entlastende Finanzierungen

Elisabeth Springler sieht die Stützungsmaßnahmen der Politik zwar positiv, „sie könnten aber weitaus höher sein. Denn damit ist Österreich nicht an der Spitze, sondern gerade einmal im Mittelfeld Europas. Andere Länder sehen weitaus mehr direkte Maßnahmen für die Bevölkerung vor.“ Dabei hebt sie vor allem das südeuropäische Griechenland und auch die skandinavischen Länder hervor.

Springler spricht sich für die Einführung von Vermögensteuern aus, um die Menschen in Österreich zu entlasten, aber auch für das Anpassen der Erbschaftsteuer. Außerdem will sie an der Spekulationsteuer festhalten, „damit wir uns das Unterstützen der Schwächsten leisten können“. Sie sagt auch, dass Anteile der Grundsteuer und auch die für Herbst höheren CO₂-Abgaben für die Finanzierung der Sozialausgaben verwendet werden sollen. Um das Wüten der Inflation zu bremsen, schlägt Oliver Picek vor, dass „die Inflationsanpassung von Wohnungsmieten ausgesetzt wird – und zwar jedenfalls für zwei Jahre“. Und Elisabeth Springler will „spekulationsgetriebene Mietsteigerungen verhindern, um der Gewinn-Preis-Spirale bei privaten Wohnungen entgegenzuwirken“.

Entwicklung Österreichischer Gaspreisindex

Quelle: Österreichische Energieagentur, 07/2022



Tägliches Brot

Picek kann sich eine auf ein Jahr befristete Mehrwertsteuersenkung auf null Prozent für „Grundnahrungsmittel vorstellen, also auf Brot, Butter, Mehl, Eier bis hin zum Tiefkühlgemüse, weil sich armutsgefährdete Menschen kein frisches Gemüse leisten können“. Laut Preisgesetz müssen die Unternehmen Preissenkungen zwar weitergeben, doch müsse das auch kontrolliert und sanktioniert werden. Das lässt sich, so Picek etwa „durch die Scannerkassen in den Supermärkten gut überprüfen. Mit dieser Maßnahme könne jede Person



„Schon jetzt sind die ausbezahlten 55 Prozent des letzten Aktivbezugs oft viel zu wenig und armutsgefährdend. Steigt die Inflation so weiter, wird es für viele Arbeitslose eine Teufelsspirale“, so Sybille Pirklbauer, Leiterin der Abteilung für Sozialpolitik der AK Wien.

in einem Haushalt 50 Euro pro Jahr sparen. Gleichzeitig seien „die Kosten von 100 Millionen Euro jährlich für den Fiskus überschaubar“. Für ausgewählte Brotsorten, wie ein halbes Kilo Mischbrot, könne man zusätzlich noch einen Höchstpreis einführen und auferlegen, dass es in den Geschäften immer verfügbar sein muss. „Brot-Höchstpreise gab es in Österreich bis 1987“, sagt Picek.

Bei den Energiepreisen sieht Picek mehrere Möglichkeiten: Einerseits würden Energieversorger, die Strom mittels Wasser- oder Windkraft oder Sonnenenergie erzeugen, jetzt ungerechtfertigte Gewinne einstreifen. „Die Bundeswettbewerbsbehörde bestätigt unsere Berechnungen“, sagt Picek, „und diese Gewinne müssen notwendigerweise abgeschöpft werden. Dafür gibt es Vorbilder in Europa, etwa Großbritannien.“ Andererseits sollten bei Strompreisen für Konsumenten Preisdeckel eingezogen werden – wie das in Frankreich geschieht. Was Picek noch besser gefällt, ist die Energiepreis-Lösung in der Schweiz: „Dort hat man einen Durchschnittspreis aller Herstellungsarten gebildet – also von Atomstrom über Strom, der mithilfe von Gaskraftwerken gewonnen wird, bis hin zu Photovoltaik und Wasserkraft. Dieser Preis ist die Grundlage für die Preise, die die Kund:innen bezahlen“, sagt Picek. Mit ein Grund dafür, warum die Schweizer:innen gerade jetzt eine niedrige Teuerung erleben.

Ausbau statt Abbau

Auch wenn der Rechnungshof in seiner jüngsten Analyse kein gutes Haar an dem ersten Pandemiejahr Österreichs lässt und grobe Mängel am Management der Pandemie feststellt, hat sich das österreichische Gesundheitssystem während der Corona-Krise gut geschlagen, und zwar gerade weil die Vorgaben der OECD hin zu einem schlankeren Gesundheitssystem ignoriert worden wa-

ren. Deshalb sei Österreich in der Lage gewesen, die medizinische Versorgung der Menschen während der Pandemie sicherzustellen – abgesehen von der teilweise großen und stetig wachsenden Personalnot in vielen Gesundheitseinrichtungen. Für den Rückbau des Sozialstaats ist jetzt jedenfalls der falsche Zeitpunkt. Im Gegenteil, wie Picek betont: „Wir müssen alle Sozialleistungen über die Armutsschwelle heben.“

Sozialstaatliches Erfolgsmodell

Neben dem Gesundheitssystem stand während der Corona Pandemie der Arbeitsmarkt im Brennpunkt. In kürzester Zeit mussten abfedernde Maßnahmen gegen die unglaublich stark wachsende Arbeitslosigkeit gestemmt werden. Denn binnen nur zwei Monaten wurden beim Arbeitsmarktservice (AMS) rund 200.000 Menschen zur Kündigung gemeldet. Die Sozialpartner haben als Antwort darauf gemeinsam die Kurzarbeit auf die Beine gestellt. Sie wurde zum Erfolgsmodell. So konnten Hunderttausende Menschen weiter in Beschäftigung gehalten werden. Von März 2020 bis Ende Jänner 2022 gab der österreichische Staat rund 9,27 Milliarden Euro aus. Der Nutzen: sozialer Frieden. Denn die von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmer:innen hatten und haben noch immer deutliche finanzielle Vorteile gegenüber Arbeitslosigkeit – sie beziehen ein stabiles Mindesteinkommen, und sie können jedenfalls bis Ende des Jahres 2022 von einem aufrechten Dienstverhältnis profitieren.

Leben oder überleben?

Heute ist angesichts der Teuerung die Wertanpassung bei Sozialleistungen dringend notwendig. Dagegen sind das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe aktuell noch von einer Wertanpas-

„Die Regierung setzt es sich nicht zum Ziel, die Teuerung zu bekämpfen, sondern sie will nur die negativen Effekte der Teuerung bekämpfen.“

Elisabeth Springler,

Professorin für Makroökonomie an der Fachhochschule des bfi Wien

sung ausgenommen. Sybille Pirklbauer, Leiterin der Abteilung für Sozialpolitik der Arbeiterkammer Wien kritisiert das vehement: „Schon jetzt sind die in Österreich ausbezahlten 55 Prozent des letzten Aktivbezugs in sehr vielen Fällen viel zu wenig und armutsgefährdend.“ Wenn die Geldentwertung weiter so stark zulegt, leiden vor allem arbeitslose Menschen. Sie trifft ein doppelter Effekt: Wenn das Arbeitslosengeld weniger wird, brauchen sie mittelfristig ihre ganzen Ersparnisse auf – ab Mitte des Monats drehen immer mehr schon jetzt jeden Euro dreimal um, ehe sie ihn dann ausgeben. Während der Wintermonate beheizen sie oft nur noch einen Raum in ihrer Wohnung. „Für viele Betroffene ist das eine Teufelsspirale“, sagt Pirklbauer. Sehr oft sind es langzeitarbeitslose Menschen, die entweder älter als 50 Jahre oder gesundheitlich stark eingeschränkt sind.

Armutsfest machen

Die Erstberechnung des Arbeitslosengeldes richtet sich nach dem Einkommen. In Österreich sind es, wie oben erwähnt, 55 Prozent des letzten Aktivbezugs. Damit liegt Österreich im OECD-Vergleich im unteren Drittel. Das sieht auch Johannes Kopf, Vorstand des Arbeitsmarktservice, kritisch und räumt im A&W-Interview ein, dass „das Arbeitslosengeld in Österreich im internationalen Vergleich eher niedrig ist. Man müsste am Anfang etwas drauflegen.“ Der OECD-Durchschnitt der sogenannten Nettoanpassungsrate liegt bei 63 Prozent – Spitzenreiter Belgien bezahlt arbeitslosen Menschen sogar mehr als 90 Prozent ihres Aktivbezugs, Dänemark, Litauen, Luxemburg, Slowenien mehr

als 80 Prozent. Österreich ist mit seinen 55 Prozent geringfügig besser als die Türkei.

Deshalb rutschen hierzulande sehr viele Menschen unter die Armutsschwelle von derzeit 1.371 Euro. Das sind neben Bezieher:innen von Mindestsicherung vor allem auch viele Pensionist:innen. Viele bekommen gerade einmal 1.141 Euro – inklusive der 13. und 14. Pension. Für viele ist das zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben, denn der Abstand zur Armutsschwelle beträgt jetzt 230 Euro. Daher müssen heuer auch Mindestpensionen überproportional angehoben werden.

Falsche Zentralbank-Signale?

Die US-amerikanische Notenbank und die Europäische Zentralbank (EZB) drehen schon an der Zinsenschraube. Amerika hatte den ersten Zinsschritt bereits im Juni, Europa plant eine Zinserhöhung für Herbst. Die Erhöhung in Europa ist in den Augen von Elisabeth Springler „gerade jetzt das falsche Signal. Die Teuerung ist weder auf eine Überhitzung der Wirtschaft noch auf eine Geldschwemme zurückzuführen, sondern auf eine angebotsseitige Rohstoffverknappung. Zinsschritte sind gegen die importierte Inflation machtlos.“ Im Gegenteil verteuern steigende Zinsen Investitionen und würgen das Wirtschaftswachstum ab. Auch zu viel Sparen schade der wirtschaftlichen Entwicklung. Springlers Rat: „Zinsen niedrig belassen, um den europäischen Staaten fiskalpolitischen Spielraum zu geben, damit die Verzinsung der Staatsanleihen weiterhin niedrig bleiben kann.“ Mit anderen Worten: damit die Staaten die Inflation vergleichsweise günstig bekämpfen können. ►

Warum braucht die Sozialpolitik Zielvorgaben?

In den letzten Jahren wurden von der Regierung viele „Hilfspakete“ beschlossen, aktuell ist es das Teuerungspaket. Expert:innen werden gerne dazu gefragt, wie wirksam diese Pakete denn seien. Das lässt sich nur seriös beantworten, wenn die Ziele der Interventionen klar sind. Welche Effekte will man erreichen? Und anhand welcher Indikatoren kann die Effektivität eines Maßnahmenpakets überprüft werden? Erst wenn diese Fragen geklärt sind, lassen sich valide Vermutungen über die potenziellen Wirkungen von Interventionen anstellen

bzw. kann im Nachhinein überprüft werden, ob die beabsichtigten Effekte auch tatsächlich eingetreten sind.

Im Diskurs zur Tauglichkeit sozialpolitischer Interventionen fehlt oft eine klare Zielfestlegung. Auf die Frage nach den Wirkungen von diversen Unterstützungspaketen wäre daher die Gegenfrage zu stellen: Im Hinblick worauf? Ziele festzulegen und zu priorisieren ist übrigens Aufgabe der Politik, ebenso wie taugliche Indikatoren zur Überprüfung der Zielerreichung festzulegen.



KARIN HEITZMANN
ÖKONOMIN

Der Sozialstaatsstreich

Die türkis-blaue Krankenkassenreform war ein voller Erfolg, trotz der imaginären Patient:innenmilliarde, ausufernder Reformkosten und beschädigter Demokratie – aber nur, wenn man sie aus der Perspektive der Arbeitgeber:innen betrachtet.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Ein Satz wie eine Ohrfeige: „Anstelle der Einsparung von einer Milliarde Euro ergab sich ein Mehraufwand von 214,95 Millionen Euro.“ Geschrieben steht er im Rohbericht des Rechnungshofs, der sich darin mit der türkis-blauen Krankenkassenreform aus dem Jahr 2018 auseinandersetzt. Das Problem daran ist, dass dieses Geld als sogenannte „Patient:innenmilliarde“ das zentrale Versprechen dieses Vorhabens war, aber sicher nicht das oberste Ziel. Denn diese Reform hat sich definitiv gelohnt, allerdings fast ausschließlich für die Arbeitgeber:innen.

In der Öffentlichkeit bestimmte allerdings die Patient:innenmilliarde den Diskurs. Die türkis-blaue Regierung profilierte sich als Kämpferin für den schlanken Staat, gegen die Bürokratie und aufgeblähte Verwaltungsapparate. Heinz-Christian Strache, damals noch Vizekanzler, polterte: „Patientenmilliarde statt Funktionärsmilliarde!“

Eine Rechnung, die damals schon nicht aufging, wie Julia Stroj erklärt. Sie ist Ökonomin im Referat für Gesundheitspolitik des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB) und arbeitete 2018 noch bei einer Gebietskrankenkasse. „Wenn wir ins Jahr 2018 zurückschauen, dann machten die damaligen Ausgaben für alle Selbstverwaltungsgremien 0,009 Prozent aller Sozialver-

sicherungsausgaben aus. Die Patient:innenmilliarde wäre erst nach über 170 Jahren zusammengekommen – und auch nur bei Abschaffung der Selbstverwaltung.“ Grund für die geringen Ausgaben ist das Ehrenamt. Die meisten Funktionär:innen erhielten damals gerade einmal 41 Euro Sitzungsgeld.

Nach Bekanntwerden dieser Zahlen änderte sich die politische Kommunikation. Statt einer Milliarde bei den Funktionär:innen einsparen zu wollen, griffen die Regierungsparteien die Verwaltung an. „Das Motto der damaligen Bundesregierung ‚Wir sparen im System‘ ging selten gut für die Arbeitnehmer:innen aus“, erinnert sich Stroj. Doch selbst dieses Versprechen basierte auf wackeligen Berechnungen. Denn die Verwaltungskosten der Gebietskrankenkassen lagen bei gerade einmal zwei bis drei Prozent der Ausgaben.

Ungelogen ungeplant?

Aber die Patient:innenmilliarde war sowieso kein Teil des ursprünglichen Plans. Im Ministerialentwurf der Reform vom 14. September 2018 wurde die Milliarde gar nicht genannt. Lediglich bei Öffentlichkeitsauftritten sprachen türkis-blaue Politiker:innen davon. Die Wirtschafts-

folgeabschätzung sah eine Einsparung von lediglich 33 Millionen Euro zwischen 2019 und 2023 vor. Erst in den Jahren 2024 bis 2026 hätten dann 318 Millionen Euro eingespart werden sollen. Darauf wies der Rechnungshof damals schon hin.

Daraufhin nahm die Regierung die Patient:innenmilliarde plötzlich in die Wirtschaftsfolgeabschätzung mit auf – ganz ohne Erklärung, wo sie herkommen soll. „Eine Effizienzsteigerung von insgesamt circa einer Milliarde Euro“, hieß es lapidar – für den gleichen Zeitraum, in dem nur wenige Wochen zuvor nur 33 Millionen Euro hätten eingespart werden sollen. Die Zahl wurde schlicht eingesetzt.

Der Verdacht liegt nahe, dass es sich bei der Patient:innenmilliarde um eine Nebelkerze gehandelt hat. Der eigentliche Zweck schien eher zu sein, die Arbeitnehmer:innen aus ihrer eigenen Krankenkasse zu drängen. Ein Beispiel ist die Wiener Gebietskrankenkasse: Vor der Reform gab es drei Gremien, die Generalversammlung (30 Mitglieder), den Vorstand (15 Mitglieder) und die Kontrollversammlung (10 Mitglieder). Generalversammlung und Vorstand waren zu 80 Prozent mit Vertreter:innen der Arbeitnehmer:innen besetzt. Die Kontrollversammlung zu 80 Prozent mit Arbeitgeber:innen.



„Die Patient:innenmilliarde“, sagt ÖGB-Expertin Julia Stroj, „wäre erst nach über 170 Jahren zusammengekommen. Und auch nur bei Abschaffung der Selbstverwaltung.“

Etwa zehnmal im Jahr trafen sich die Mitglieder des Vorstands und entschieden über die Leistungen der Krankenversicherungsträger und alles, was drum herum notwendig ist, damit die Versorgung funktioniert. „Es war immer das Ziel, Einvernehmen zwischen Arbeitnehmer:innen-Kurie und Arbeitgeber:innen-Kurie herzustellen. Es gab nur sehr selten Beschlüsse, die wirklich gegen die Arbeitgeber:innen beschlossen wurden“, erinnert sich Stroj zurück.

Keine Mehrheit für Eigentümer

Mit der Fusion der Krankenkassen hat die türkis-blaue Regierung die Arbeitnehmer:innen dann entmachtet. Generalversammlung und Vorstand – sie heißen jetzt Verwaltungsrat und Generalversammlung – sind seitdem nämlich paritätisch besetzt, also je zur Hälfte mit Beschäftigten und Arbeitgeber:innen. Die Kontrollversammlung wurde ganz abgeschafft. „Der Skandal der Fusion war, dass die Regierung den Versicherten die Mehrheit in ihrer eigenen Krankenversicherung weggenommen hat. Vertreter:innen, die von der Wirtschaftskammer entsendet werden, können mit ihren 50 Prozent des Stimmrechts jede Entscheidung verhindern – dabei sind sie von diesen Entscheidungen gar nicht be-

troffen. Das sieht man, die Entscheidungsfindung ist schwieriger geworden“, bewertet Stroj die Situation.

Dreimal betrogen

Auf die Frage, was sich für die Patient:innen seit der Reform geändert hat, reagiert Stroj leicht resigniert. Positiv sei, dass es die relevanten Kernleistungen weiterhin gibt, also Ärzt:innen, Medikamente und Sachleistungen wie Rollstühle und Verbandzeug – hier hat sich nicht viel verändert. In Teilbereichen gab es auch Verbesserungen. Bei einzelnen therapeutischen Leistungen gibt es jetzt beispielsweise Gesamtverträge. „Ein zentrales Versprechen war jedoch die Leistungsharmonisierung – die besteht jedoch weder innerhalb der ÖGK noch zwischen ÖGK und den anderen Krankenversicherungsträgern“, kritisiert Stroj.

Wie weit die Reform am öffentlich kommunizierten Ziel der Patient:innenmilliarde tatsächlich vorbeigerauscht ist, dürfte selbst die schärfsten Kritiker:innen überrascht haben. „Anstelle der Einsparung von einer Milliarde Euro ergab sich ein Mehraufwand von 214,95 Millionen Euro“, bilanziert der Rechnungshof. Oder anders ausgedrückt: Die türkis-blaue Regierung hat den 7,1 Millionen Versicher-

ten und Anspruchsberechtigten in der ÖGK nicht nur die versprochene zusätzliche Milliarde nicht gegeben, sondern ihnen gleichzeitig rund 215 Millionen Euro Beitragsgeld weggenommen und ihr Mitspracherecht beschnitten.

Hintergrund ist, dass es keine Verwaltungskosten gab, die hätten eingespart werden können. Stattdessen schufen die Krankenkassen nach der Fusion rund hundert zusätzliche Vollzeitstellen. Dazu wurde mit dem Reformgesetz beschlossen, dass es mehr Geld für Privatspitäler und weniger Ersatzleistungen in der Unfallversicherung geben soll. Jetzt sorgt das Entlastungspaket zur Inflation dafür, dass die Lohnnebenkosten sinken und der ÖGK noch weniger Mittel zur Verfügung stehen – in einer Branche wie der Gesundheitsversorgung, die von Innovation und neuen technischen Möglichkeiten lebt, ein massiver Rückschritt, gibt Stroj zu bedenken. Schon stagnierende Mittel seien angesichts des medizinischen Fortschritts ein Rückschritt.

Die Frage ist, wie es weitergeht. Der Rechnungshof hält „eine Neudefinition von realistischen Zielen für nötig“, heißt es im Bericht. Der bezieht sich allerdings nicht auf die verlorenen demokratischen Werte – schade eigentlich. ▀

Höchstes Niveau für alle

Harmonisierung des ärztlichen Leistungskatalogs, Ausbau der Primärversorgungszentren, Neuaufstellung des Wahlärzt:innensystems: Andreas Huss, Obmann der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK), hat viel vor. Arbeit&Wirtschaft bat ihn zum Arbeitsgespräch.

INTERVIEW ALEXIA WEISS



Arbeit&Wirtschaft: Vor zweieinhalb Jahren wurden die Gebietskrankenkassen zur ÖGK zusammengeführt. Welche Vorteile haben sich daraus für Arbeitnehmer:innen ergeben?

Andreas Huss: Da gibt es einiges an Licht, aber auch noch einiges an Schatten. Durch die Zusammenlegung ist die Regionalität etwas verloren gegangen. Ich habe mit der Zusammenlegung zur ÖGK mittlerweile insgesamt kein Problem. Aber wir als Arbeitnehmer:innen-Interessenvertretung sagen: Ja, es braucht zentrale Ziele. Wir müssen unsere Gesundheitsversorgung österreichweit einheitlich ausrollen, damit alle denselben Zugang haben. Aber in der Region müssen wir auch auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen. Das ist das, was nicht so gut funktioniert, da werden wir nachjustieren.

Es gibt auch Dinge, die gut gelaufen sind. Wir haben vor der Zusammenlegung im alten Hauptverband schon begonnen, die Leistungsharmonisierung zu thematisieren. Wir hatten unterschiedlichste Leistungsniveaus bei verschiedensten therapeutischen Leistungen bei den Gebietskrankenkassen, aber auch bei den Sonderversicherungsträgern. Da haben wir schon vor der Fusion begonnen, diese Leistungen

anzupassen, natürlich auf das jeweils höchste Niveau, nicht nach unten, das haben wir in der ÖGK fortgesetzt. Wir haben bei der Psychotherapie das Land genommen, das hier am besten ausgestattet ist, in diesem Fall Salzburg, und haben alle anderen Bundesländer auf das Salzburger Niveau angehoben. Das haben wir mittlerweile bei der Ergotherapie gemacht, bei der Logopädie, der Physiotherapie. Die große Baustelle ist noch der ärztliche Leistungskatalog, das ist die Aufgabe für den Herbst. Leider haben wir das nur innerhalb der ÖGK erreicht. Die Beamten (BVAEB) und die Selbstständigen (SVS) haben weiterhin bessere Leistungen.

Es gibt im Bereich der medizinischen Versorgung einige Problemlagen – von der Versorgung von Long-COVID-Patient:innen bis zur Schwierigkeit, Mediziner:innen zu finden, die eine Kassenordination übernehmen. Beginnen wir mit Long COVID: Wie groß ist aus der Sicht der ÖGK das Problem?

Long COVID ist eine neue Erkrankung, die in vielen Formen auftreten kann. Da war es notwendig, mit der ÖGAM, der Österreichischen Gesellschaft für Allgemeinmedizin, einen Leitfaden zu erstellen. Wir haben Fragebögen für Ärzt:innen entwickelt, um diese Krankheit richtig diagnostizieren zu können. Wir haben mittlerweile rund 70.000 Patient:innen (Kinder, Jugendliche und Pensionist:innen sind hier nicht erfasst, weil wir von ihnen keine Krankenstandsdaten haben), die seit Pandemiebeginn an Long COVID leiden oder gelitten haben. Das hat sich vervielfacht in den letzten Monaten, weil immer mehr diagnostiziert wurden. Wir sehen mittlerweile 130 Patient:innen, die schon länger als ein Jahr, und um die 250 Patient:innen, die schon ein halbes Jahr im Krankenstand sind (Stand: Juni 2022).

Erstanlaufstelle sind die Hausärzt:innen, das scheint jetzt zu funktionieren. Was wir aber noch brauchen, ist fachärztliche Unterstützung für die Hausärzt:innen.

Hier brauchen wir noch gute interdisziplinäre Ambulanzen. Es nützt nichts, bei dieser Erkrankung nur zu einem Lungenarzt oder einer Lungenärztin, einem:iner Internist:in oder Neurolog:in zu überweisen. Man braucht ein ganzes Team dieser Fachärzt:innen. Solche Spezialambulanzen gibt es bereits in Wien und Graz, und es wird nun auch eine in Innsbruck aufgebaut. Die braucht man in Wirklichkeit in allen Bundesländern. Die Patient:innen, die betroffen sind, brauchen wirklich professionelle Hilfe.

Schlecht sieht es mit der Versorgung von Menschen mit chronischen Erkrankungen wie etwa Diabetes aus. Hier gibt es zum Beispiel keinen verpflichtenden Versorgungsauftrag für Allgemeinmediziner:innen mit Kassenvertrag.

Dann braucht es eben diesen Versorgungsauftrag. Ich wundere mich in Österreich immer, dass wir den Ärzt:innen wie in diesem Fall extra ein Honorar bezahlen müssen, sie extra schulen müssen, um zu gewährleisten, dass die ihren Job machen können. Mein Zugang wäre, dass ein:e Mediziner:in, egal ob er:sie Internist:in oder Allgemeinmediziner:in ist, mit dem Thema Diabetes professionell umgehen kann. Wir haben jedenfalls unser Disease-Management-Pro-



ANDREAS HUSS

geb. 1964 in Salzburg,
gelernter Tischler, seit 1980
gewerkschaftlich tätig,
2008 Abschluss des MBA-Studiums
Health Care Management. Von 2013
bis 2019 Obmann der Salzburger
Gebietskrankenkasse. Seit 2020 Ob-
mann und Obmann-Stellvertreter
(halbjährlich) der ÖGK.

gramm schon seit einigen Jahren laufen. Wir schulen hier die Ärzt:innen sehr intensiv. Ärzt:innen, die in diesem Programm mitmachen, bekommen ein Extrahonorar, wenn sie diese Menschen gut betreuen.

Leider ist es so, dass ein überwiegender Großteil der Ärzt:innen bei diesem Programm einfach nicht mitmacht. Und aus diesem Grund brauchen wir parallel eine Versorgungsstruktur, die wir jetzt in Wien beginnen und die in anderen Bundesländern schon in Entwicklung ist. Es ist eine Zentrumslösung, die wir uns in Dänemark angesehen haben. Wir sind in Österreich, was die Amputationen, aber auch Erblindungen aufgrund schlecht behandelter Diabetes-Erkrankungen betrifft, wirklich Schlusslicht in Europa. Es gibt aber auch andere Erkrankungen, wo wir keine gute Versorgungssituation haben, wie bei COPD, einer chronischen Lungenerkrankung.

Für Schlagzeilen hat in letzter Zeit das Fehlen von ausreichenden Spitalskapazitäten, aber auch von niedergelassenen Ärzt:innen im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie gesorgt. Zusätzlich hinkt auch der Ausbau von kassenfinanzierter Psychotherapie für Kinder, aber auch für Erwachsene dem Bedarf hinterher. Wieso kommt man da nicht substanziell weiter?

Das Thema psychosoziale Versorgung ist mir ein ganz besonderes Anliegen. Wir haben als Arbeitnehmer:innen-Interessenvertretung gegen viel Widerstand durch die Wirtschaftskammer den Ausbau der Psychotherapie vorangetrieben. Wir erhöhen die Psychotherapie-Kassenplätze um 30 Prozent bis Ende 2022. Die Psychotherapie ist aber nur ein Teil der psychosozialen Versorgung. Wir müssen psychosoziale Versorgung wirklich multidisziplinär denken. Da sind Kinder- und Jugendpsychiater:innen ein wichtiges Thema, aber auch Psycholog:innen. Sie sind derzeit noch keine erstattungsfähige Leistung, das müssen wir ändern. Wir brauchen mehr Psychotherapie. Aber wir brauchen vor allen Dingen viel mehr Sozialarbeit. In multidisziplin-

„Wir haben keinen Ärzt:innenmangel, wir sehen nur, dass sich die Lebensumstände und Ansprüche von Ärzt:innen massiv verändert haben.“

Andreas Huss, Obmann ÖGK

nären Versorgungszentren sollen all diese Berufsgruppen zusammenarbeiten. Wir müssen die Ursachen, die zum psychischen Problem geführt haben, finden, um dann therapieren zu können.

Sorgen macht auch der zunehmende Mangel an Kassenärzt:innen. Zusätzlich kündigt sich eine Pensionierungswelle in den kommenden Jahren an. Was muss sich ändern, damit sich mehr Jungmediziner:innen für den Kassenvertrag entscheiden?

Wir haben keinen Ärzt:innenmangel, wir sehen nur, dass sich die Lebensumstände und Ansprüche von Ärzt:innen massiv verändert haben. Der Ärzt:innenberuf ist zum Glück weiblicher geworden. Das war in den 1990er-Jahren noch vollkommen anders. Da war dieser Beruf wirklich noch eine männliche Domäne. Man war in den 1990er-Jahren Landarzt und 24 Stunden an sieben Tagen in der Woche für die Patient:innen da. Ich verstehe, dass junge Männer, aber auch Frauen das heute nicht mehr wollen. Darauf müssen wir reagieren. Wir sind in einem Umbruch von der Einzelkämpfer:innen-Praxis hin zu Zusammenarbeitsformen – Stichwort Primärversorgungszentren.

Ein weiteres Problem ist, dass es in manchen Bereichen nur mehr Wahlärzt:innen mit freien Kapazitäten gibt. Hartnäckig hält sich dann als einer der Gründe dafür, dass man als Kassenarzt bzw. -ärztin zu wenig verdient.

Da bin ich froh, dass der Rechnungshof und das Institut für Höhere Studien sich dieses Themas angenommen und sich angeschaut haben: Stimmt das überhaupt, dass Kassenärzt:innen so wenig verdienen? Das Gegenteil ist der Fall. Kassenärzt:innen sind unter allen freiberuflichen Personen in Österreich die absoluten Bestverdiener:innen. Allgemeinmediziner:innen haben eine durchschnittliche Honorarsumme im Jahr von rund 300.000 Euro. Davon bleiben als persönliches Einkommen vor Steuern rund 150.000 Euro pro Jahr. Wenn man das herunterrechnet auf ein normales Arbeitnehmer:inneneinkommen, dann kommen da rund 6.000 Euro netto 14-mal im Jahr heraus. Allgemeinmediziner:innen sind aber die Gruppe, die unter allen Fächern in der Medizin am wenigsten verdient. Labormediziner:innen haben ein persönliches Einkommen von 670.000 Euro pro Jahr. Das heißt, die Ungleichheit zwischen den medizinischen Fächern ist eigentlich das Problem. Aus diesem Grund fahren wir hier auch die Strategie bei unseren Honorarverhandlungen, dass wir in den letzten Jahren etwa die Honorare der Allgemeinmediziner:innen und der Kinderärzt:innen relativ stark um bis zu zehn Prozent im Jahr erhöht haben und jene der technischen Fächer fast gar nicht, um hier langsam zu einem Ausgleich zu kommen.

All das kostet Geld. Wie sieht es derzeit einnahmenseitig aus? Und wie wirkt sich die Senkung des Unfallversicherungsbeitrags um 0,1 Prozent auf die ÖGK aus?

Die wirkt sich dramatisch aus. Wir haben ja, als die ÖGK gegründet wurde, einen riesengroßen Rucksack von der damaligen schwarz-blauen Regierung mitbekommen. Die Mittel für Arbeitsunfälle sind massiv reduziert worden, schon damals. Und jetzt werden sie noch einmal auf 140 Millionen Euro reduziert. Anspruch hätten wir eigentlich auf 210 Millionen Euro.

Aber es gibt auch das Thema Privatkrankeanstalten-Finanzierungsfonds (PRIKRAF). Wir müssen nun als Krankenversicherung rund 15 Millionen Euro mehr im Jahr in diesen Fonds einzahlen. Dass eine Schönheitsklinik in den Fonds hineinkam, war der Wunsch des damaligen Vizekanzlers Strache. Der Wunsch der ÖVP war, dass mehr Geld in diesen PRIKRAF hineinkommt. Und diese 15 Millionen Euro landen zur Hälfte in den fünf Spitälern der UNIQA Versicherung. Zufällig war der damalige Finanzminister der ehemalige Generaldirektor der UNIQA Versicherung. Das ist also auch ein Politikum.

Hier fordern wir, dass dieses Geld wieder zurückgegeben wird. Es ist unzulässig, dass man den Beitragszahler:innen hier Geld abnimmt, wenn parallel die private Krankenversicherungen im Jahr 2021 2,5 Milliarden Euro an Prämien eingenommen, aber nur 1,4 Milliarden Euro an Leistungen ausbezahlt, also über eine Milliarde Euro Gewinn gemacht haben. Das Ergebnis ist aber nicht, dass sie diesen Gewinn in die privaten Krankenhäuser, in die private



„Wir haben 10.000 Wahlärzt:innen“, rechnet Andreas Huss vor, „aber nur 460 nutzen das E-Card-System. Das heißt, wir wissen nicht, was im Wahlärzt:innensystem wirklich passiert.“

Medizin hineinstecken, sondern dass uns als Beitragszahler:innen zusätzliches Geld weggenommen wird. Das ist skandalös.

Was haben Sie sich als Schwerpunkte für die kommenden Monate vorgenommen?

Der wichtigste Schwerpunkt für die kommenden Monate sind jetzt die Verhandlungen mit der Ärztekammer, was vier Themen betrifft: Das erste ist der einheitliche ärztliche Leistungskatalog. Diesen sehen wir dann auch als Versorgungsauftrag, sodass es nicht im Entscheidungsspielraum der Ärzt:innen liegen kann, ob sie Leistungen erbringen möchten oder nicht, wie bei der Diabetes-Versorgung zum Beispiel.

Was wir hier ebenfalls mitdenken müssen, ist die Diagnose-Kodierung. Wir haben in Österreich als einzigem Land in Europa noch immer keine einheitliche, international standardisierte Diagnose-Kodierung. Das macht es uns relativ schwer, Krankenzustände auszuwerten, wie zum Beispiel bei Long COVID. Das macht es insgesamt im Gesundheitssystem aber auch schwer, Daten zu generieren, um das Gesundheitssystem auch entsprechend auf Erkrankungen und die Therapien auszurichten.

Wir müssen das Wahlärzt:innen-Thema angehen und unterscheiden zwischen Wahlärzt:innen, die versorgungswirksam sind, und denen, die es nicht sind. Da gibt es auch noch einen Punkt, über den man reden muss. Wir schauen uns ja die Wahlärzt:innen-Abrechnungen regelmäßig an. Ein Drittel dieser Abrechnungen ist zum Teil noch mit der Hand geschrieben, wo unsere Mitarbeiter:innen dann in mühevoller Kleinarbeit herausfiltern müssen, welche dieser fünf Positionen, die da oben stehen, jetzt wirklich eine Kassenleistung sind und welche Leistungen irgendwie in den Bereich der Esoterik gehören. Das ist eine irrsinnige Aufgabe. Wir möchten ein Wahlärzt:innensystem neu entwickeln, das Wahlärzt:innen auch dazu verpflichtet, das E-Card-System zu benutzen. Wir haben 10.000 Wahlärzt:innen, aber nur 460 nutzen das E-Card-System. Das heißt, Wahlärzt:innen sind für uns von der Diagnostik und von den Medikamenten her wirklich eine Blackbox, und wir wissen nicht, was im Wahlärzt:innensystem wirklich passiert. Und Wahlärzt:innen, die mit uns zusammenarbeiten wollen, müssen auch eine Mindestversorgung von zumindest zehn

Stunden an Ordinationszeiten haben. Alle anderen sind in Zukunft Privatärzt:innen und sollen mit dem öffentlichen Gesundheitssystem auch nichts mehr zu tun haben.

Aber medizinische Versorgung funktioniert nicht nur mit Ärzt:innen. Wir haben ganz viele Menschen, die in Gesundheitsberufen arbeiten. Wir haben Pflegekräfte – die Community Nurse ist gerade ein großes Thema in den Gemeinden. Pflegekräfte können viel ärztliche Tätigkeit abnehmen. Wir haben in Salzburg im Primärversorgungsvertrag jetzt auch die Pflegevisite aufgenommen, sodass nicht der Arzt oder die Ärztin auf Visite fahren muss, sondern stattdessen auch Pflegekräfte dies tun können. Es gibt in der Primärversorgung viele Gesundheitsberufe wie Sozialarbeiter:innen oder Psychotherapeut:innen, die hier auch gut mitarbeiten und Ärzt:innen entlasten können. Und diese Gesundheitsberufe muss man vor den Vorhang holen und auch arbeiten lassen. ▀

& PODCAST

Das ausführliche Interview als Podcast finden Sie unter
www.arbeit-wirtschaft.at/podcast

Sparbüchse der Pandora!

Nicht allen ist klar, was da auf uns zukommt: Ohne Lohnnebenkosten gibt es keinen Sozialstaat. Steuern Unternehmen weniger bei und erhöhen dadurch ihren Gewinn, zahlen die Steuerzahler:innen drauf – durch geringere Leistungen oder höhere Abgaben.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Schreckgespenst Lohnnebenkosten: Ist das Sozialstaat, oder kann das weg? Wie das schon klingt. So nebensächlich, so irrelevant. Und überhaupt sind Kosten schlecht – die stören doch nur. Tatsächlich nagt, knabbert und feilt hier die Bundesregierung seit Jahren Millionen weg – unter dem Applaus von Wirtschaftskammer, Handelsverband und Wirtschaftsbund: hier ein Zehntelprozent, dort ein bisschen mehr. Und der Sozialstaat ächzt, denn Lohnnebenkosten sind nichts anderes als Sozialstaatsbeiträge. Was den Unternehmen an einem Ende erspart wird, belastet am anderen Ende die Steuerzahler:innen.

„Die Beiträge für die Sozialversicherung sind so etwas wie das finanzielle Rückgrat in unserem Sozialstaat“, sagt Laurenz Ennser-Jedenastik. Er ist Professor am Institut für Staatswissenschaft der Uni Wien. In konkreten Zahlen: Rund 55 Prozent der Ausgaben des Sozialstaates stammen aus den Sozialversicherungsbeiträgen erwerbstätiger Menschen. Noch einmal 39 Prozent kommen aus Lohn-, Einkommen-, Mehrwert- und Verbrauchssteuern. Die restlichen Prozent stammen von Selbstständigen (3,2 Prozent) und Pensionist:innen (2,3 Prozent). In den restlichen 0,5 Prozent stecken unter anderem Vermögenseinnahmen.

Lohnnebenkosten spielen eine Hauptrolle

Österreich liegt im europäischen Spitzenfeld bei den Lohnabgaben. 42,6 Prozent waren es im Jahr 2020. Das ist etwa so viel wie in Dänemark, Schweden oder den Niederlanden, wobei ein direkter Vergleich aufgrund der unterschiedlichen Sozial- und Steuersysteme kaum möglich ist. Die hohe Abgabenquote stammt aus den Wachstumsjahrzehnten: In den 1960ern, 1970ern und 1980ern baute sich Österreich einen verlässlichen Sozialstaat auf, finanziert von immer höheren Lohnabgaben.



Das hat sich für alle Menschen in Österreich gelohnt. „Von der Wiege bis zur Bahre ist der Sozialstaat in allen Lebenslagen da. Es gibt keinen Menschen, egal welches Einkommen er bezieht, der nicht vom Sozialstaat profitiert“, weist Dominik Bernhofer auf die Bedeutung des Sozialstaates hin. Er ist Ökonom und Leiter der Abteilung Steuerrecht in der Arbeiterkammer Wien.

Ein Blick auf die Zahlen verdeutlicht, was Bernhofer meint. Für den Bereich Alter (42,4 Prozent des Budgets) und Gesundheit (24,9 Prozent) gibt der Sozialstaat mit Abstand das meiste Geld aus. Das bedeutet, dass es eben nicht nur ökonomisch schwache Menschen sind, die von ihm profitieren. Der populistische Spin von der sozialen Hängematte ist nichts als Fake News. Dabei sind die Kosten für die Bildung oder die Straßen – jede:r geht zur Schule und nutzt Straßen – noch gar nicht mit eingerechnet.

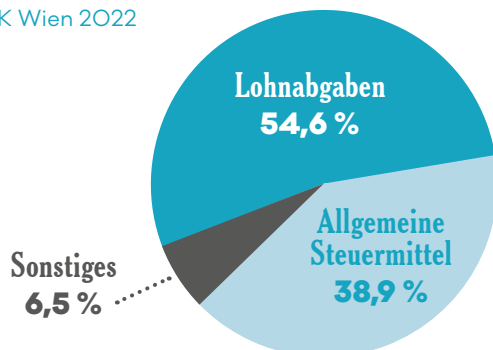
Senkungen? Nicht schon wieder!

Lohnnebenkosten zu senken bedeutet, an der Basis für all das zu rütteln. Doch genau das passiert, und zwar konstant (siehe Kasten). Die Pandemie hat eigentlich deutlich gemacht, wie wichtig ein stabiler Sozialstaat ist. Doch ganz uneigentlich macht die Regierung aktuell dort weiter, wo sie 2019 aufgehört hat. Im Rahmen des Entlastungspakets gegen die Inflation sollen insgesamt weitere 600 Millionen Euro Nebenkosten abgeschmolzen werden.

Die Summe setzt sich aus zwei Bausteinen zusammen: zum einen aus der Senkung der Abgaben für die Unfallversicherung um 0,1 Prozentpunkte, zum anderen müssen Unternehmen 0,2 Prozent weniger in den Familienlastenausgleichsfonds einzahlen. Aus diesem Topf stammen unter anderem Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld und Schüler:innenfreifahrten. „Der Sozialstaat verliert gesamtsstaatlich betrachtet Geld, weil die Ausgaben nicht kleiner werden, sondern tendenziell eher größer. Es tun sich Lücken auf, die dazu führen, dass das aktuelle Niveau nicht mehr gehalten werden kann“, fasst Bernhofer die Effekte der Lohnnebenkosten-senkung zusammen.

Finanzierung der Sozialausgaben Anteile in Prozent 2020

Quelle: AK Wien 2022



„Es gibt keinen Menschen, egal welches Einkommen er bezieht, der nicht vom Sozialstaat profitiert“, bringt es AK-Steuerrechtsexperte Dominik Bernhofer auf den Punkt.

Und Ennser-Jedenastik ergänzt: „Wahrscheinlich spüren viele Arbeitnehmer:innen die Effekte von Lohnnebenkostensenkungen erst einmal nicht. Aber in Summe müssen sie dann durch die Steuerzahler:innen aufgefangen werden.“

Das wichtigste Argument der Arbeitgeber:innen ist, dass eine Senkung der Lohnnebenkosten Arbeitsplätze schafft. Das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO hat dazu im Jahr 2020 internationale Reformbeispiele ausgewertet. Lohnnebenkosten, so die Analyse, hätten kurzfristig tatsächlich einen kleinen, aber immerhin positiven Effekt auf den Arbeitsmarkt. Längerfristig würde die Wirkung allerdings stark nachlassen. Lediglich gezielte Senkungen für vulnerable Gruppen hätten einen spürbaren Effekt.

Das bestätigt auch Ennser-Jedenastik: „Wenn jemand sozialversicherungspflichtig wird, verteuert sich die Arbeitskraft schlagartig. Das macht es für Menschen ohne Ausbildung schwer, im Arbeitsmarkt unterzukommen. Für sie würde es sich lohnen, die Arbeitskosten zu senken.“

Auch in der Praxis gibt es sehr viel präzisere Maßnahmen. Albert Scheiblauber, Bundesjugendsekretär bei der Gewerkschaft Bau-Holz, hat dafür ein passendes Beispiel parat: das Taggeld. Dieses beträgt aktuell 26,40 Euro. Handwerker:innen, die nicht nach Hause pendeln können, sondern in der Nähe der Baustelle übernachten müssen, bekommen diese Summe pro Tag – steuerfrei. „Das Taggeld wurde zuletzt 1993 angepasst. Damals hat man sich von 300 Schilling zwei warme Mahlzeiten und ein Frühstück kaufen können. Das geht heute nicht mehr“, so Scheiblauber. Und weiter: „Pauschal zu sagen, eine Senkung der Lohnnebenkosten führte zu mehr Arbeitsplätzen, ist falsch. Man muss unterscheiden zwischen größeren und kleineren Unternehmen.“ Während größere Unternehmen in seinem Sektor kaum über die Lohnnebenkosten klagen würden, ächzen viele kleinere Betriebe.

Eines müsse klar sein, so Bernhofer: „Wir sind ein Sozialstaat. Deswegen muss man vorsichtig sein, wenn man daran sparen möchte, weil das Geld eigentlich an die Menschen zurückfließen sollte.“ Sinkende Lohnnebenkosten führen zu weniger Einnahmen für den Sozialstaat. „Man kann gegensteuern, indem man Steuern erhöht oder Einsparungen vorantreibt. Was davon passieren wird, ist schwer abzuschätzen.“ So gäbe es laut Bernhofer Expert:innen, die davon ausgehen, dass Österreich auch ohne ein Sparpaket genug Reserven hätte, um diese Entlastung der Unternehmen zu finanzieren, ohne den Bürger:innen etwas wegnehmen zu müssen.

Was Wirtschaftsvertreter:innen verschweigen

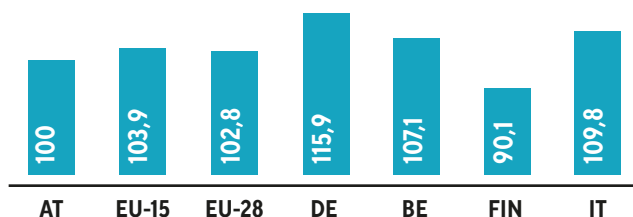
Zwar sind die Lohnnebenkosten in Österreich tatsächlich vergleichsweise hoch, der internationale Vergleich taugt aber nur bedingt. Hintergrund sind zwei Größen: die Gesamtarbeitskosten und die Lohnstückkosten. Die Gesamtarbeitskosten sind alle Ausgaben, die für Arbeit anfallen, also auch die eigentlichen Löhne. Da Österreich stark exportorientiert wirtschaftet, ist hier vor allem der Produktionsbereich relevant. Und ausgerechnet hier fallen in Österreich deutlich geringere Gesamtarbeitskosten an als in anderen exportorientierten Hochlohnländern wie Deutschland oder Schweden – das belegt eine Studie des WIFO.

Lohnstückkosten wiederum hängen mit der Produktivität zusammen. Österreichs Arbeitnehmer:innen schaffen pro Stunde deutlich mehr Wert als die Beschäftigten in anderen europäischen Staaten. Italien, Frankreich, Deutschland, Niederlande: In jedem dieser Länder sind die Lohnstückkosten höher als hierzulande, wie es ebenfalls in der WIFO-Studie heißt. Die Austrian Business Agency – also die Agentur des Bundeswirtschaftsministeriums, die für Betriebsansiedlungen zuständig ist – wirbt sogar mit der hohen Produktivität. Kein Wunder: Österreichs Arbeitnehmer:innen stellen hochwertige und komplexe Produkte her, die auf dem internationalen Markt nicht mit Billigware konkurrieren müssen.

Basis für die hohe Produktivität sind der technische Fortschritt und die zunehmende Automatisierung. Dadurch sinkt die Lohnquote am Volkseinkommen: So ist diese etwa von 77 Prozent im Jahr 1978 auf 68 Prozent im Jahr 2018 zurückgegangen. Wenn der So-

Lohnstückkosten Warenherstellung im Vergleich zu Österreich (= 100)

Quelle: Eurostat 2020, WIFO Berechnungen



„Pauschal zu sagen, eine Senkung der Lohnnebenkosten führte zu mehr Arbeitsplätzen, ist falsch“, so Albert Scheiblauber, Gewerkschaft Bau-Holz.

zialstaat auf den Lohnabgaben basiert, Löhne aber eine immer geringere Rolle spielen, dann gerät das System irgendwann ins Wanken. Eine Lösung könnte die sogenannte „Wertschöpfungsabgabe“ sein, im Volksmund auch Maschinen- oder Robotersteuer genannt. Wenn Arbeit unseren Sozialstaat finanziert, aber Roboter unsere Arbeit machen, dann müssen sie dafür besteuert werden – so die stark vereinfachte Theorie. In der etwas komplexeren Realität müssten Firmen ihre Gewinne, Abschreibungen und Zinsen zu den Lohnkosten dazurechnen und davon einen bestimmten Prozentsatz abführen.

Politische Dimension der Lohnnebenkosten

Lohnnebenkosten sind auf den ersten Blick eine Budgetspielerei: Werden sie gesenkt, muss das Geld von einer anderen Stelle kommen. Doch so einfach ist es nicht. Es geht dabei um die Wahrnehmung des Sozialstaates. „Versicherungen funktionieren so, dass man mit einem individuellen Beitrag auch individuelle Ansprüche erwirbt. Das haben die Menschen so internalisiert. Im Sozialstaat leisten alle was und kriegen alle was. Aber wenn ich die Leistungen zurückfahre, muss mir klar sein, dass ich auch die Legitimität des Sozialstaates runterfahre“, erklärt Ennser-Jedenastik.

Beispiele für die politische Ebene gibt es reichlich: Die Senkung der Lohnnebenkosten im Jahr 2015 trocknete den Familienlastenausgleichsfonds aus. Die damalige Familienministerin Sophie Karmasin (ÖVP) musste einen Fehlbetrag von 2,7 Milliarden Euro bis zum Jahr 2019 einstellen. Ursprünglich war geplant, dass der Reservefonds wieder ins Plus rutscht. Karmasins Lösung war, Leistungen wie das Wochengeld oder Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten in andere Budgetposten zu schieben. Damit waren sie nicht mehr ihr Problem – aber immer noch das der Steuerzahler:innen. Noch deutlicher wird es bei der Unfallversicherung: Im Jahr 2019

kürzte die Regierung deren Beitrag um 0,1 Prozent oder 130 Millionen Euro pro Jahr. Die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA) zahlt aber der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) Geld dafür, dass Unfallopfer in deren Spitälern behandelt werden. Die Hälfte der Beitragssenkung wird daher dadurch finanziert, dass die ÖGK künftig weniger Geld bekommt, so Bernhofer.

Das Hauptargument für die geringeren Beiträge zur Unfallversicherung war, dass die AUVA Überschüsse erwirtschaftet. Das ist grundsätzlich richtig, aber nicht grundlos. So hat die AUVA beispielsweise die Liste der anerkannten Berufskrankheiten seit Jahrzehnten nicht mehr aktualisiert. Auch Präventions- und Aufklärungsarbeit seien völlig unterfinanziert, erklärt Bernhofer. Er wird in diesem Kontext deutlich: „Die Sozialversicherungsbeiträge haben auch eine politische Dimension. Denn die Vertreter:innen der Versicherungen treffen wesentliche Entscheidungen zur Mittelverwendung. Da spielt es eine Rolle, ob es eigene Einnahmen gibt oder ob sie vom Finanzministerium abhängig sind.“

Weichen für die Zukunft

Eine Senkung der Lohnnebenkosten in der jetzigen Situation sei zumindest diskussionswürdig, gibt Ennser-Jedenastik zu bedenken. „Wir sind jetzt in einer Situation, in der die Nachfrage nach Arbeitskräften größer ist als das Angebot, und die Löhne steigen. Da muss man sich fragen, ob man gegensteuern will. Das ist ein Drahtseilakt.“

Das gilt aber nicht nur für die aktuelle Situation. Der Umgang mit den Lohnnebenkosten wird ganz entscheidend dafür sein, wo sich Österreich als Sozialstaat in Zukunft hinbewegt. „Wir haben eine riesige demografische Aufgabe vor uns: Eine große Generation geht in Pension. Diese Menschen tragen also finanziell weniger bei, als sie an Leistungen in Anspruch nehmen. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir diese Aufgabe schultern“, gibt Bernhofer zu bedenken.

Die Herausforderungen, die der Sozialstaat meistern müsse, würden in Zukunft nicht kleiner werden. Der aktuelle Trend der ständigen Senkung der Lohnnebenkosten sei falsch, das Verteilen dieser Steuergeschenke an Unternehmen mit der Gießkanne sowie so. Bernhofer plädiert fürs Gegenteil: „Wir müssen uns überlegen, ob wir nicht eine steigende Abgabenquote brauchen, um diese Herausforderung anzugehen. Das sollten Abgaben sein, die nicht nur zusätzliches Geld bringen, sondern auch aus Sicht der Steuerstruktur eine Verbesserung bringen – die also nicht den Faktor Arbeit besteuern, sondern bei Gewinnen und Vermögen ansetzen. Das ist eine zentrale Herausforderung.“

Auch Scheiblauer bringt es auf den Punkt: „Arbeitgeber:innen bräuchten grundsätzlich ein gesünderes Verhältnis zu Steuern und Abgaben. Der Nachtwächterstaat, der in den 1980ern und 1990ern propagiert wurde, ist gescheitert. Das hat man in der Corona-Krise gesehen.“ ▮

DREI SENKUNGEN UND IHRE FOLGEN

Die Senkung der Lohnnebenkosten ist keine neue Idee. In den vergangenen Jahren konnten Unternehmen ihren Anteil am Sozialstaat deutlich reduzieren – stets mit dem Versprechen, den Wohlstand durch mehr Arbeitsplätze zu erhöhen. Dabei gefährden diese Maßnahmen die soziale Sicherheit und belasten die Steuerzahler:innen zusätzlich.

1 / Familienlastenausgleichsfonds: Die Bundesregierung kürzte den sogenannten FLAF im Jahr 2016 um 0,4 Prozentpunkte im Rahmen des Arbeitsmarktpaketes. Noch einmal 0,2 Prozentpunkte schmolzen 2018 dahin. In Summe geht es um 800 Millionen Euro pro Jahr, die nicht mehr für das Kindergeld oder die Familienbeihilfe verwendet werden können. Statt die geplanten Überschüsse zu erwirtschaften, die reinvestiert hätten werden können, gab es Verluste in dreistelliger Millionenhöhe, die mit Steuermitteln ausgeglichen werden müssen.

2 / Insolvenz-Entgelt-Fonds: Auch hier schlug 2016 das Arbeitsmarktpaket zu. Die Regierung senkte den Beitrag um 0,1 Prozentpunkte. Die erneute Kürzung um 0,1 Prozent im Jahr 2022 bedeutet bereits eine Halbierung. Im Jahr 2007 lag er noch bei 0,7 Prozent. Aus diesem Fonds kommen Mittel für Arbeitnehmer:innen, deren Arbeitgeber:in insolvent geworden ist. Die jüngsten Senkungen um 0,2 Prozentpunkte bedeuten einen Verlust für den Sozialstaat von 230 Millionen Euro pro Jahr.

3 / Unfallversicherung: Im Jahr 2014 reduzierte die Regierung den Beitrag auf 1,3 Prozent. 2019 folgte die Kürzung auf 1,2 Prozent. Jetzt werden wieder 0,1 Prozentpunkte gekürzt. Die Österreichische Gesundheitskasse finanziert den fehlenden Betrag von rund 130 Millionen Euro quer. Gleichzeitig erweiterte die Regierung die Aufgaben der ÖGK um Hospiz- und Palliativversorgung und schreibt höhere gesetzlich vorgegebene Zahlungen an private Krankenanstalten vor.

Profitfaktor Sozialstaat

Was gerne übersehen wird: Vom Sozialstaat profitieren auch Wirtschaft und Unternehmen – vor allem in Krisenzeiten. Angesichts großer ökonomischer Herausforderungen braucht es den starken Sozialstaat – als Fels in der Brandung und als Garant für Standortqualität.

TEXT MELANIE STRANSKI

Früher, also vor Corona, kam der Sozialstaat im öffentlichen Diskurs nicht zuletzt als Kostenfaktor vor. Nun, dieses Thema hat sich erledigt, denn der Sozialstaat hat in der Krise gezeigt, was er wert ist, und nicht zuletzt, dass er allen etwas bringt. Staatliche Transferleistungen sorgen und sorgen für eine Abfederung der Krisenkosten der Menschen in Österreich, aber auch der Unternehmen.

Doch der Sozialstaat ist nicht nur Troubleshooter, sondern vor allem ein ganz entscheidender Standortfaktor. Zu diesem Schluss kommt die Studie „Sozialstaat und Standortqualität“ des Wirtschaftsforschungsinstituts aus dem Jahr 2019. Die Schlüsselerkenntnisse: Investitionen in den Sozialstaat nützen den Menschen und der Volkswirtschaft eines Landes. Und vor allem sind gut ausgebaute Sozialstaaten krisenfester. So haben soziale Transferleistungen während der Pandemie die Kaufkraft großer Bevölkerungsgruppen in Österreich stabilisiert und damit auch die Nachfrage.

Fortwährend umsorgt

Stabilität und soziale Sicherheit sind Werte, welche die Österreicher:innen mitunter als selbstverständlich ansehen. Das sind sie aber nicht: Dass Österreich ein lebenswertes Land ist und bleibt, dafür muss gesorgt werden – fortwährend. Eine Kernaufgabe

des Sozialstaats ist die Armutsvermeidung und aktuell im Zuge der Teuerung das Gebot der Stunde (siehe Cover-Story). Doch der Sozialstaat bietet noch viel mehr, zumal seine sozialen Dienstleistungen allen zugutekommen. Das öffentliche Bildungssystem ermöglicht grundsätzlich allen jungen Menschen im Land die Chance auf eine gute Ausbildung. Österreich zählt damit nicht zu jenen Ländern, in denen man eine teure Privatschule besuchen muss, um später an der richtigen Uni einen Studienplatz zu ergattern und irgendwann einen guten Job. „Öffentliche Schulen sind kostenlos, Kindergärten oft vergünstigt. Das macht soziale Mobilität leistbarer“, betont Oliver Picek, Chefökonom des Momentum Instituts. Das Resultat ist, dass Österreichs Hochleistungswirtschaft gut ausgebildete Arbeitskräfte vorfindet, die dieses Aufstiegsversprechen zu Leistung motiviert.

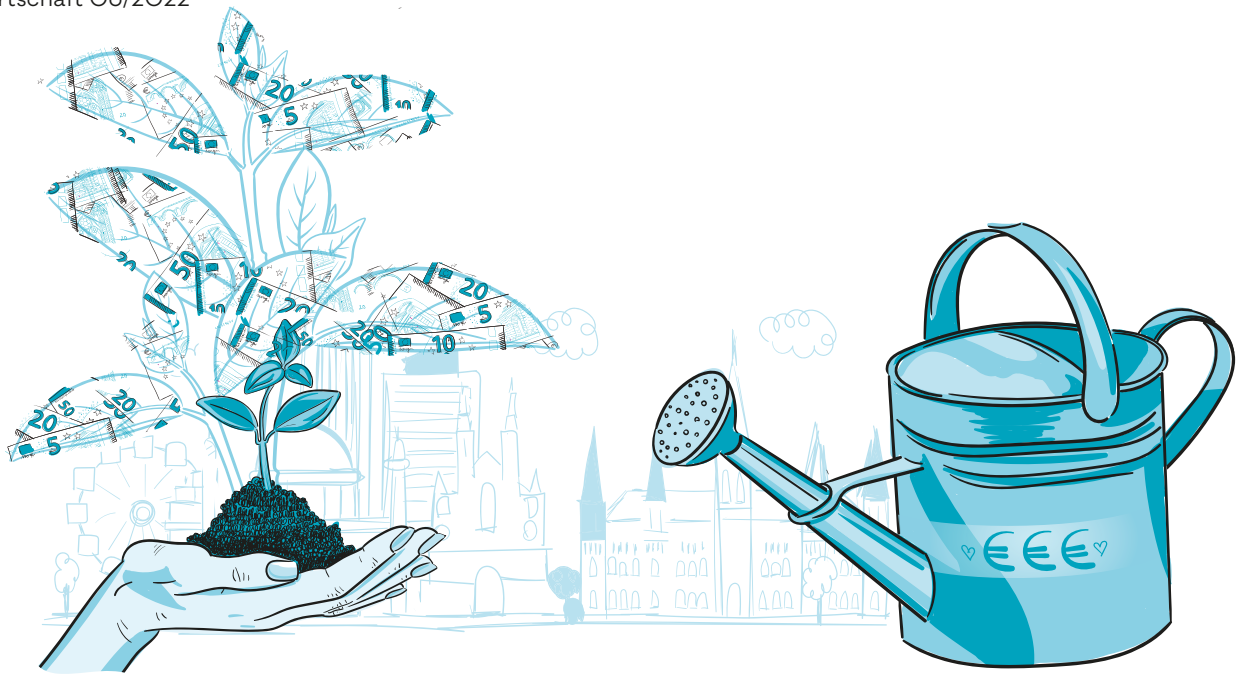
„Ohne Gesundheit ist alles nichts“, lautet ein Sprichwort. Von Österreichs gutem Gesundheitssystem profitieren die Menschen und auch der Wirtschaftsstandort. Es ist wichtig zu wissen, dass man, wenn man erkrankt oder arbeitslos wird, nicht ins Bodenlose fällt“, betont Sybille Pirklbauer, Leiterin der Sozialpolitik in der Arbeiterkammer (AK) Wien. Wichtig ist dabei nicht nur die finanzielle Absicherung, sondern etwa auch, dass man eine benötigte Operation mit einer kurzen

Wartezeit bekommt. „Und das ist ja nicht zuletzt entscheidend für den Erhalt der eigenen Arbeitskraft“, betont die Expertin.

Gesund investiert

Das Gesundheitswesen ist einer jener Bereiche, die in der Pandemie hart auf die Probe gestellt wurden. In Österreich konnte die Versorgung aufrechterhalten werden. Zugleich zeigte sich in aller Deutlichkeit, dass dieses System permanent gegen Personalmangel und Überlastung kämpft. Und es wird nicht besser, denn die Demografie spricht dagegen. „Das Gesundheitswesen muss so ausgebaut werden, dass die Pflege künftig nicht nur an den Angehörigen hängt und die im Gesundheitswesen Beschäftigten gute Rahmenbedingungen vorfinden“, so Pirklbauer. Dazu sind laut Picek zwölf Milliarden Euro mehr pro Jahr notwendig.

Die Arbeitslosenversicherung wiederum, auch wenn sie mit Ersatzraten von im Schnitt 55 Prozent im internationalen Vergleich nicht gerade zu den höchstdotierten zählt (siehe Cover-Story), gibt Arbeitnehmer:innen doch etwas Halt. Wer den Job verliert, findet ein Sicherheitsnetz vor, um sich neu zu orientieren und zwischenzeitliche Einkommensverluste zumindest abzufedern. Auch wer eine Wohnung sucht, ist nicht allein dem freien Markt ausgeliefert. Der kommunale



le Wohnbau sowie Genossenschaftswohnungen bieten Alternativen zu Miet- und Eigentumswohnungen. „All dies sind Faktoren, die Auswirkungen auf das Lohnniveau haben. Ohne diese günstigen sozialen Dienstleistungen müssten die Arbeitgeber:innen deutlich höhere Löhne zahlen, um gute Leute zu bekommen“, sagt Picek.

Lebensgefühl als Standortfaktor

Das Lohnniveau ist ein wichtiger Standortfaktor für internationale Betriebsansiedelungen, aber auch der Lifestyle, den ein Land zu bieten hat, spielt eine wichtige Rolle. Im internationalen Städteranking 2022 des britischen „Economist“ wurde Wien zuletzt wieder zur lebenswertesten Stadt der Welt gekürt. Das hat nicht primär mit der schönen Donau und dem altherwürdigen Stephansdom zu tun: Stabilität, gute Infrastruktur und Gesundheitsversorgung sind

die wichtigsten Faktoren, die für das positive Lebensgefühl in der Stadt sorgen.

Wir durchleben gerade volatile Zeiten mit der Klimakrise als Dauerbrenner, tiefgreifenden Veränderungen durch die Pandemie, dem Krieg in der Ukraine und nun auch noch mit der Teuerung. „Transformationsprozesse erzeugen auch immer Verlierer:innen“, betont Helene Schubert, Chefökonomin des Österreichischen Gewerkschaftsbunds (ÖGB). Es ist wichtig, dass sich der Sozialstaat den aktuellen und kommenden Herausforderungen intakt und gestärkt stellen kann. Da werden Menschen, die im Zuge der Dekarbonisierung der Wirtschaft ihre Jobs verlieren, soziale Abfederung und neue Aus- und Weiterbildungsangebote benötigen. Für das Gelingen von tiefgreifenden Veränderungen sei es wichtig, diese auf einer soliden demokratischen Basis zu gestalten. „Mit Schocktherapien haben wir keine guten Erfahrungen gemacht“, betont die Expertin.

Österreich ist ein Hochsteuerland, und ja, der Sozialstaat kostet Geld. „Dafür haben wir einen der besten Europas“, sagt Picek. Allerdings finanziert er sich überwiegend aus Steuern und Abgaben auf Arbeit, die Kosten werden also von Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen gestemmt. „Vermögende tragen hingegen in Relation zum Gesamtsteueraufkommen nur zu 1,3 Prozent zur Finanzierung des Sozialstaats bei“,

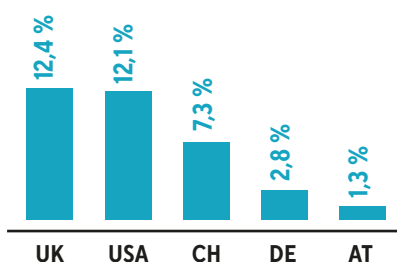
sagt Helene Schubert. „Diese Einnahmen stammen von vermögensbezogenen Steuern wie der Grund- und der Grunderwerbsteuer, nicht aber von einer klassischen Vermögen- oder Erbschaftsteuer“, wie Schubert betont. Die gibt es in Österreich nicht.

Tax the Rich

Soll der Sozialstaat für die großen Herausforderungen, die sich ihm stellen werden, gewappnet sein, müssen andere Einnahmequellen gefunden werden. Neben einer Besteuerung von Übergewinnen im Energiesektor müsse die nachhaltige Sicherung und Stärkung des Sozialstaats laut Expert:innen vor allem durch die Besteuerung von Vermögenden erfolgen. Österreich belegt im OECD-Ranking bei vermögensbezogenen Steuern routinemäßig einen der hintersten Plätze, während selbst wirtschaftsliberale Länder wie das Vereinigte Königreich oder die USA kein Problem damit haben, Reiche zu besteuern. Erbschaft- und Vermögensteuer tragen in diesen Ländern zu zirka 10 Prozent zum Gesamtsteueraufkommen bei. „Das Thema Vermögensteuer ist in Österreich fast ein Tabu“, sagt Schubert. Höchste Zeit, darüber zu reden. Zur Erinnerung: Die Vermögensteuer wurde 1993 abgeschafft, also in den boomenden Neunzigern – der laut Nobelpreisträger Joseph Stiglitz „gierigsten Dekade der Geschichte“. ▮

Vermögenssteuer in % des BIP

Quelle: AK OÖ, OECD 2020





Neoliberaler

Seit es ihn gibt, läuft gegen den Sozialstaat eine Schmierenkampagne. Die Diskussion wird bestimmt von alternativen Fakten, die einer genauen Betrachtung nicht standhalten.

DIE ÜBERALTERUNG TREIBT DEN WOHLFAHRTSSTAAT IN DEN RUIN

Der Anstieg der Zahl der über 80-Jährigen von 5 % der Bevölkerung auf 11 % und jener über 65 von 20 % auf 30 % bedeutet höhere Pflege-, Gesundheits- und Pensionsausgaben und den Anstieg altersabhängiger Ausgaben von 26 % auf 30 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2070. Höhere Sozialausgaben von 4 % des BIP müssen erst einmal finanziert werden. Ist damit der Sozialstaat pleite, wie die Neoliberalen hoffen? Nein. Denn in den vergangenen 50 Jahren war die Herausforderung größer: 1970 betrugen die Sozialausgaben 20 % des BIP. Dann wurden die Sozialleistungen für Alte, Familien, Kranke, Arbeitslose und Pflegebedürftige verbessert, die Ausgaben stiegen auf 29 % des BIP im Jahr 2019. Doch von einer Pleite keine Spur. Die Finanzierung erfolgte über einen Anstieg von Steuern und Beiträgen von 34 % 1970 auf 43 % des BIP. Bessere Sozialleistungen werden solidarisch durch höhere Abgaben finanziert.

DIE ABGABENQUOTE IST ZU HOCH

Hohe Abgaben ruinieren Wohlstand und Standort! Auf dieses neoliberale Mantra fallen viele hinein. Bessere soziale Absicherung bei steigenden Abgaben bedeutet aber per Saldo steigenden Wohlstand. Skandinavische Staaten oder Österreich haben hohe Abgaben und hohe Produktion pro Kopf. Doch entscheidend ist, um welche Steuern es geht. Als der Sozialstaat nach 1945 aufgebaut wurde, gab es kein Kapital oder Vermögen. Die Ausgaben für Pensionen, Pflege und Gesundheit konnten nur aus den laufenden Arbeitseinkommen finanziert werden. Doch heute übertrifft der Bestand an Vermögenden privaten Haushalte die laufenden Arbeitseinkommen um das Fünf- bis Sechsfache. Der Ausbau des Sozialstaates wird deshalb mit Steuern auf Vermögensbestand, -übertragung und -einkommen finanziert werden statt mit Abgaben auf Leistungseinkommen aus Arbeit.



Märchenwald

Doch ein bisschen was bleibt immer haften. Und so sind Sozialstaatsmythen entstanden. Markus Marterbauer, Chefökonom der Arbeiterkammer Wien, hat sie für Arbeit&Wirtschaft analysiert.

UNS GEHEN DIE ARBEITSKRÄFTE AUS

Der Sozialstaat ist nicht mehr leistbar, weil uns die Arbeitskräfte fehlen. Fehlen sie wirklich? Hätte Österreich die Frauenerwerbsquote der Niederlande und das Stundenausmaß der Teilzeitbeschäftigten Belgiens, dann hätten zusätzlich 300.000 Frauen einen Job und eine eigenständige soziale Absicherung. Die Voraussetzung: gerechte Verteilung unbezahlter Arbeit und Ganztagsöffnung der Kindergärten und Schulen.

Bringen bessere Gesundheitsvorsorge und altersgerechte Arbeitsplätze so viele Ältere wie in Schweden in Jobs, dann sind das zusätzlich 100.000 Leute. Hunderttausende haben nur prekäre Arbeit in miesen Betrieben – ein enormes Potenzial für gute Betriebe, die ordentliche Löhne zahlen. Arbeitskräfteknappheit bringt bessere Chancen für alle, die es derzeit nicht so leicht haben. Bekommen sie gute Jobs, dann ist die Finanzierung des Sozialstaates gesichert.

DER SOZIALSTAAT VERHINDERT ARMUT

Gesundheitsversorgung, Kurzarbeit, Arbeitslosengeld: Der Sozialstaat erlebt in der Doppelkrise von COVID und Teuerung eine Sternstunde. Doch er ist nicht armutsfest, denn Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Mindestpension und Unterhaltsvorschuss liegen um zwei- bis vierhundert Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle. In der Teuerungswelle droht manifeste Armut. Höhere Untergrenzen bei Sozialleistungen können Armut lindern. Mehr ist nötig, um auch deren Ursachen zu bekämpfen: sozialer Wohnbau mit leistbarem Wohnraum für alle; Kindergärten und Schulen mit Ganztagsöffnung und besonderem Augenmerk auf benachteiligte Kinder; Sozialarbeit mit Hilfe für die Schwächsten; gute Jobs mit gutem Einkommen. Untergrenzen gegen Armut sollen mit Obergrenzen für Überreichtum kombiniert werden, um Demokratie und sozialen Zusammenhalt zu sichern.



Ohne sie wäre Wien arm dran

Mehrere Hundert Ehrenamtliche retten bei der Wiener Tafel jährlich bis zu 750 Tonnen Lebensmittel. In ihrer Freizeit helfen sie dort, wo der Kapitalismus versagt und der Staat wegschaut.

TEXT JOHANNES GRESS



Buchstäblich: Ehrenamtlichen Helfer der Wiener Tafel wie Josef Ehrenhöfer und Martina Vogl haben eine tragende Rolle in der Armutsbekämpfung.

Der Wiener Großmarkt am südlichsten Rand von Wien ist ein klassischer „Nicht-Ort“: 30 Hektar groß, umzäunt, unübersehbar, aber kaum bemerkt. Ein karger Ort, reißbrettartig besetzt von Kreuzungen, Lagerhallen und LKWs. Ein Großteil der Wiener Lebensmittel kommt hier an, wird verladen und anschließend an Händler und Supermärkte verteilt. Hier starten auch Martina Vogl und Josef „Beppo“ Ehrenhöfer ihre Tour mit einem Tiefkühlaster der Wiener Tafel – weil Wien (und die Welt) zwar mehr als genug Nahrungsmittel hat, diese jedoch schlecht verteilt sind. Die Geschäftsführerin der Wiener Tafel, Alexandra Gruber, bringt es so auf den Punkt: „Hunger ist kein Problem mangelnder Lebensmittel, sondern ein Logistikproblem.“

Die Retter der Tafelrunde

Es ist ein sonniger Donnerstagvormittag, überdurchschnittlich warm für Mitte Juni. Ehrenhöfer kontrolliert noch einmal alle Papiere und ob die Türen des Kühlasters ordentlich verschlossen sind. Dann klettert er auf den Fahrersitz und startet den Motor. Seit November fährt der 66-jährige IT-Manager im Ruhestand etwa vier bis fünfmal pro Monat ehrenamtlich für die Tafel Lebensmittel aus. Etwas Gutes tun, die Pension sinnvoll nutzen wolle er. Über einen Freund kam er zur Tafel. Um den Kühlaster sicher durch Wien manövrieren zu können, absolvierte er extra ein Training.

Beifahrerin Vogl steigt neben ihm ins Fahrerhaus. Die 33-Jährige – blonde Haare, Jeans und Oversize-Brille – engagiert sich bereits seit 2018 bei der Tafel. Neben ihrem Studium der Bildungswissenschaft und ihrem Job bei einer Promotion-Agentur geht sich immerhin eine Tour pro Monat aus. Nächste Woche soll Vogl ihre Bachelorarbeit abgeben, weshalb sie diesen Monat ausnahmsweise schon die zweite Tour mitfährt. „Sinnvolles Prokrastinieren“ nennt sie das und lacht.

1999 mit 5.000 Schilling Startkapital gegründet, ist die Wiener Tafel heute die älteste Tafel Österreichs. Im vergangenen Jahr versorgte das Team 92 Sozialeinrichtungen mit insgesamt 746.100 Kilogramm Lebensmitteln. Das Zusammentreffen mehrerer Krisen – Corona, Ukraine-Krieg, Inflation, steigende Energiepreise – sorgt dafür, dass der Bedarf derzeit steigt wie nie zuvor. Insgesamt 20.000 Armutsbetroffene versorgte die Wiener Tafel im vergangenen Jahr täglich, im Vergleich zu 16.000 im Jahr 2020. „Durch den Krieg in der Ukraine ist der Bedarf um weitere 30 Prozent gestiegen“, gibt Gruber zu bedenken.

Den Rhabarber lieber nach unten

Während Ehrenhöfer die erste Adresse ins Navi tippt und den Transporter behutsam aus dem Großmarkt lenkt, tippt Vogl bereits die erste Nummer ins kleine Nokia: „Hallo hier ist die Wiener Tafel! Wir sind in zehn Minuten da!“, warnt sie das Hotel Primus in Favoriten vor. „Davon haben wir alle was“, meint dort später



„Herber Schmäh trägt Früchte“: Karlheinz Bergmann sortiert seit 2020 am Großmarkt Obst und Gemüse für die Wiener Tafel.

einer der Hotelangestellten, während Ehrenhöfer und Vogl eifrig zehn Kisten Tiefkühlpommes in den Transporter räumen (die zur Erheiterung aller auf ihrem Fahrauftrag euphemistisch als „Gemüse“ deklariert sind). Ein kurzes Danke, und Ehrenhöfer tippt die nächste Adresse ins Navi. Insgesamt zwölf Stationen werden sie heute ansteuern. Auf einem fünfseitigen Fahrauftrag sind Adressen, Telefonnummern, Kontaktpersonen und Waren penibel aufgelistet. Im Schnitt verteilen die beiden pro Fahrt etwa 800 Kilogramm Lebensmittel an soziale Einrichtungen.

So wie Ehrenhöfer und Vogl verlassen täglich Freiwillige der Wiener Tafel den Großmarkt, um überschüssige Lebensmittel an Bedürftige in ganz Wien zu verteilen. Karlheinz Bergmann, der sich selbst als „der lustige Mensch aus Köln“ bezeichnet, sein Kölsch aber hörbar zugunsten des Kärntnerischen aufgegeben hat, steht in der Lagerhalle und referiert sichtlich stolz über sein Werk. Seit 2020 ist er hier am Großmarkt und sortiert für die Tafel täglich jeweils zwölf Kisten Obst und zwölf Kisten Gemüse. „Optisch ansprechend“ müsste die Zusammenstellung sein, betont Bergmann. Das habe auch etwas mit Respekt gegenüber den Klient:innen zu tun. Meist geht er dabei pragmatisch vor, den Rhabarber versteckt er lieber etwas weiter unten.

Die meiste Ware lukriert Bergmann direkt vor Ort. Sein Erfolgsrezept seien gute Beziehungen und das Beherrschen des „herben Schmäh“, der unter den Großmarkt-Händler:innen en vogue sei. Über Nacht stellt er die Kisten ins Kühlhaus, ehe sie tags drauf um 7 Uhr in Autos und Transporter verladen werden.

Doppelstrategie: Sein und Bewusstsein

Bei der Wiener Tafel verfolge man eine Art Doppelstrategie, erklärt Geschäftsführerin Gruber. Ehrenamtliche wie Ehrenhöfer, Vogl und Bergmann sammeln, sortieren und verteilen Lebensmittel. Bis zu einer Tonne Lebensmittel können sie so täglich am Großmarkt lukrieren und vor der Mülltonne retten. Aber auch Überschüsse



„Hunger ist kein Problem mangelnder Lebensmittel, sondern ein Logistikproblem“, weiß Alexandra Gruber, Geschäftsführerin der Wiener Tafel, aus Erfahrung.

aus der Landwirtschaft werden verteilt. „Das können dann schon mal 20 Tonnen Kartoffeln auf einmal sein“, skizziert Gruber ein Bild von den enormen logistischen Herausforderungen, vor denen ihre Organisation fallweise steht.

Andererseits gehe es um Bewusstseinsbildung: Mit Infoständen, Veranstaltungen und Workshops wollen Gruber und ihr Team für das Thema Lebensmittelverteilung und -verschwendung sensibilisieren. Unweit des Großen Tafelhauses, im Kleinen Tafelhaus, werden Workshops angeboten, in denen man lernt, wie man aus fast Verdorbenem doch noch etwas Leckeres zaubert. Schulklassen können hier ein Sensorik-Labor besuchen und etwas über die Halt- und Essbarkeit von Lebensmitteln lernen.

„Rund ein Drittel der produzierten Lebensmittel landet in Österreich im Müll“, beklagt Geschäftsführerin Gruber. „Diese Verschwendung ist für rund acht Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich.“ Als Wiener Tafel begreift man sich nicht nur als soziale, sondern auch als ökologische Initiative. Zu Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine startete die Wiener Tafel eine Spendenaktion. „Die Spendenbereitschaft war enorm“, erinnert sich Gruber. Das Problem: Die Bedürfnisse halten meist länger als das Bewusstsein. Während im März, kurz nach Kriegsbeginn, die Lager überquollen, gingen die Spenden im April bereits wieder merklich zurück. Der Bedarf wäre nach wie vor da, aber das Bewusstsein ist längst wieder im Schwinden.

Der weiße Tiefkühllaster bahnt sich den Weg durch den Wiener Berufsverkehr. Beim Ute Bock Haus in der Favoritner Zohmannngasse liefern Vogl und Ehrenhöfer die Tiefkühlpommes wieder ab. Auch hier ein kurzes Danke. Kaum ist die Ware abgeladen, springen die

beiden wieder in den Transporter. Beide machen ihren Job sichtlich gerne. „Das fühlt sich nicht an wie Arbeit“, bekräftigt Ehrenhöfer. Der 66-Jährige macht einen ruhigen, aber bestimmten Eindruck, lenkt den Tiefkühllaster routiniert durch Straßen, Gassen und in Parklücken. Seine Beifahrerin erzählt indes Anekdoten und Kuriositäten über Wiener Gemeindebauten.

Vom 10. Bezirk geht's weiter in den 3., auf das Gelände der Firma Americold, zu Tor 7. In einem großen Kühlhaus fahren große, starke Männer mit Mützen und Anoraks in atemberaubender Geschwindigkeit auf Gabelstaplern durch die Gegend. Sie schieben dabei Tiefkühlkost von A nach B. Zwei davon, überwiegend mit Germ- und Marillenknödeln beladen, kommen in den Laderaum des Kühllasters. „Danke, tschüss!“ Das Prozedere wirkt weniger wie eine noble Geste denn wie simple Routine, Ehrenamtsalltag. Weiter geht's in die Donaustadt, Vogl telefoniert, während Ehrenhöfer sich über den Verkehr auf der Tangente beschwert. Von der sich anbahnenden Mittagshitze bleibt auch das Fahrerhaus eines Kühllasters nicht verschont. Neun Stationen haben Ehrenhöfer und Vogl noch vor sich. Darunter ein Frauenhaus, eine Obdachloseinrichtung und eine Flüchtlingsunterkunft. Nachdem sie auf ihrer Tiefkühltour zwölf Wiener Bezirke durchquert haben, biegen sie am frühen Nachmittag wieder in den Wiener Großmarkt ein. Ehrenhöfer will heute Nachmittag noch Ziehharmonika üben. Vogl will – vielleicht – an ihrer Bachelorarbeit weiterschreiben.

Vogl und Ehrenhöfer sind zwei von insgesamt 221 Ehrenamtlichen bei der Wiener Tafel. Der Altersschnitt liege bei rund 60 Jahren, schätzt Geschäftsführerin Gruber. Neben Pensionist:innen machen Studierende und Zivildienstler:innen einen Großteil der Aktiven aus.



Ehrenamt ist keine Altersfrage: Neben Pensionist:innen machen Studierende und Zivildienstler:innen einen Großteil der Aktiven aus.

Starker Anstieg: Insgesamt 20.000 Armutsbetroffene versorgte die Wiener Tafel im vergangenen Jahr täglich.

Auch wenn er seine Arbeit hier gerne mache, zweifle er manchmal an der Sinnhaftigkeit des Ganzen, gibt einer der Ehrenamtlichen zu bedenken. „Die da drüben verdienen sich dumm und deppert“, beklagt er und deutet auf die andere Seite des Zauns, auf das Gelände der REWE Group, eines der großen Lebensmittelhändler in Österreich. Er weist auf einen Punkt hin, der viele ehrenamtliche Organisationen beschäftigt: Ziel sollte eigentlich die eigene Überflüssigkeit, die eigene Abschaffung sein. Das Optimum wäre dann erreicht, wenn es die Wiener Tafel nicht mehr braucht, ergo Ressourcen so verteilt sind, dass alle genug haben.

Immer wieder sensibilisieren

Eine ähnliche Formulierung sei einst in der Vision der Wiener Tafel verschriftlicht worden, sagt Geschäftsführerin Gruber. „Das haben wir rausgenommen, denn das ist einfach zu weit weg.“ Auch in einer perfekten Welt werden sich Überschüsse nicht vermeiden lassen, glaubt Gruber. Geht es um den Umgang mit Lebensmitteln, appelliert sie an die Macht der Konsument:innen: „Wir haben es tagtäglich selbst in der Hand, zu welchen Produkten wir greifen.“ Gruber setzt auf Bewusstseinsbildung, die Sensibilisierung der Zivilgesellschaft, auf Produktzertifizierungen. Hier befinde sich ihrer Meinung nach der größere Hebel, um etwas zu bewegen. Aber wie groß ist dieser Hebel, die Macht der Konsument:innen tatsächlich?

Vor 23 Jahren wurde die Tafel gegründet, neben ihr haben sich längst diverse weitere Initiativen formiert, die an Konsument:innen und Zivilgesellschaft appellieren, nachhaltig, ökologisch und fair zu kaufen und möglichst wenig zu verschwenden. Im selben Jahr, 1999,

lag die Zahl der Armutsgefährdeten in Österreich bei elf Prozent. Der Kampf für eine bessere Welt jedoch wird mit ungleichen Mitteln geführt. Den Konsument:innen und der Zivilgesellschaft stehen mit Spar, REWE und Hofer internationale Großkonzerne gegenüber, die mit 90 Prozent Marktanteil hierzulande eine nie dagewesene Markt- und Preismacht auf sich vereinen. Imperialistische Großmächte wie Russland brechen Kriege vom Zaun, die die Lebensmittelsicherheit ganzer Kontinente gefährden. Systemische Verwerfungen, wie steigende Energiepreise, Inflation, gestörte Lieferketten und geopolitische Auseinandersetzungen übersteigen ebenso die Macht der Zivilgesellschaft. Vergangenes Jahr (aktuelle Entwicklungen noch nicht eingerechnet) galten hierzulande 17,3 Prozent, mehr als 1,5 Millionen Menschen, als armuts- oder ausgrenzunggefährdet – trotz der Tafel. Das Engagement der 221 Freiwilligen der Wiener Tafel, die 2021 sage und schreibe 13.724 Ehrenamtsstunden leisteten, 55.303 Kilometer fuhren und knapp 750 Tonnen Lebensmittel retteten, ist der noble Versuch, zumindest den größten Schaden abzuwenden – wobei viele jener Aufgaben, die Ehrenhöfer, Vogl, Bergmann und Co übernehmen, eigentlich staatliche Aufgaben wären. Sie helfen dort, wo ein an Profit und nicht an sozialen Bedürfnissen orientierter Kapitalismus versagt und der Staat wegschaut – und sie tun dies in ihrer Freizeit, unentgeltlich.

Hunger und Armut mögen logistische Probleme sein – doch viel mehr noch sind es politische Probleme. Bei der Wiener Tafel kämpft man mit Hemdsärmeligkeit und Ehrenamt gegen geopolitische Dynamiken, systemische Krisen und staatliches Nichthandeln. Ihnen bleibt nur die Korrektur im Nachhinein, die Sympombekämpfung – nicht mehr, aber auch nicht weniger. ▮

Überlebensmittel Sozialstaat

Erste Hilfe gegen fundamentale Katastrophen: Die Welt wird unsicherer und instabiler. Krieg, Klimakrise und Teuerungen belasten die Menschen. Nicht zuletzt die Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein gut funktionierender Sozialstaat ist, um das alles aufzufangen.

TEXT CHRISTIAN BUNKE

Woran denken wir bei dem Begriff „Sozialstaat“? Vielen kommt da die Soforthilfe in einer Krisensituation in den Sinn: Im Fall eines Jobverlusts springt der Sozialstaat mit Arbeitslosengeld und Mindestsicherung ein, im Krankheitsfall greift die Sozialversicherung, und im Notfall gibt es ein Bett im Krankenhaus – hoffentlich!

Die COVID-Pandemie war und ist immer noch *der* Stresstest für den Sozialstaat. Millionen Menschen in Österreich fanden sich mit Beginn des ersten Lockdowns über Nacht in einer potenziellen oder tatsächlichen Notsituation wieder. Michael Ertl, Referent für Konjunktur- und Verteilungsfragen der AK Wien, ist der Meinung, der Sozialstaat habe während der Pandemie „in vielen Bereichen gut funktioniert“. Ein gutes Beispiel sei die Kurzarbeit als Direktmaßnahme: „Sie hat verhindert, dass viele Menschen in die Armut abgleiten.“

Mangelnde Armutsfestigkeit

Genau hier setzt Ertl aber gleich kritisch nach: „Eine Krisensituation zeigt immer auch Schwächen.“ Und die große Schwäche des österreichischen Sozialstaats sei dessen „mangelnde Armutsfestigkeit“. Sozialleistungen sollten nicht nur ein Abrutschen in Notlagen verhindern, sondern auch ein „existenzsicherndes Niveau“ für alle Menschen garantieren. „Für einen armutsfesten Sozialstaat brauchen wir aber ein progressives Steuersystem.“ Hier müssten Weichenstellungen aus vergangenen Jahrzehnten rückgängig gemacht werden. An vorderster Stelle stehen hier für Ertl die 1994 und 2008 abgeschafften Vermögen- und Erbschaftsteuern.

Sehr grundsätzlich geht die an der Wirtschaftsuni Wien tätige Finanz- und Wirtschaftswissenschaftlerin Lea Steininger an die



Sache heran: „Ich bin keine Vertreterin von ‚doom and gloom‘“, sagt sie. Dennoch gebe es „Sachzwänge“, darunter die Klimakrise: „Wer die Natur nicht ausbeuten will, muss lernen, die Menschen nicht auszubeuten. Denn Menschen sind Teil der Natur.“ Was das für den Sozialstaat bedeutet? „Man braucht Maßnahmen, die gratis sind und ein würdevolles Leben ermöglichen, beispielsweise im Bereich der Gesundheit oder der sozialstaatlichen Infrastruktur. Dazu könnte eine Beschäftigungsgarantie für alle Menschen, die arbeiten wollen, gehören.“

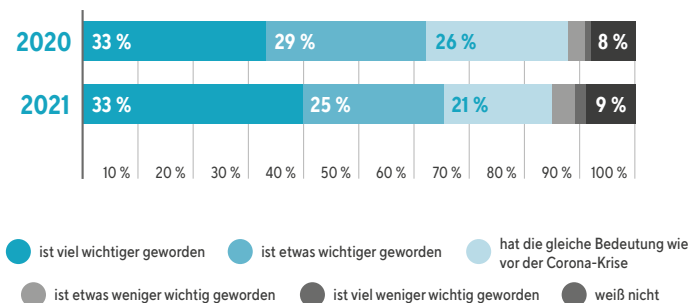
An den Frauen bleibt es hängen

Denkt ÖGB-Frauensprecherin Karin Zimmermann an das Thema „Sozialstaat“, kommen ihr zunächst die Pandemie-Belastungen in den Sinn. „An den Frauen ist sehr viel hängen geblieben. Die Kinder waren zu Hause. Es gab Homeschooling. Anfangs war diese Betreuungsarbeit noch halbwegs zwischen den Geschlechtern aufgeteilt. Später haben dann alles die Frauen gemacht.“

Hier sei es die Aufgabe eines Sozialstaates, Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. „Wir fordern einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag des Kindes“, so Zimmermann. Es brauche „einen flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung sowie Kinderbildungsplätze, die mit Vollzeit vereinbar sind. Dafür muss die öffentliche Hand Geld in die Hand nehmen.“ Weil Frauen für die Kinderbetreuung eher daheimbleiben als Männer und deshalb auch auf Vollzeitjobs verzichten, steigen sie bei den Pensionen um 41 Prozent schlechter aus als Männer. Deshalb fordert Zimmermann eine Anrechnung von Kindererziehungszeiten bis zum achten statt wie bisher bis zum vierten Lebensjahr. Gleichzeitig brauche es eine höhere Entlohnung in den Frauenbranchen, etwa in der Elementarpädagogik. „Hier gibt es großen Unmut und wachsenden Personalmangel, nachdem die Kolleg:innen die Kindergärten während der COVID-Pandemie unter großem Risiko fast durchgängig offen gehalten haben. Es muss sich dringend etwas ändern“, fordert Zimmermann, „diese vor allem von Frauen geleistete Arbeit muss höher bewertet werden.“

Veränderung der Bedeutung des Sozialstaates

Quelle: AKCOVID-Survey 2021



„Wer die Natur nicht ausbeuten will, muss lernen, die Menschen nicht auszubeuten“, formuliert Ökonomin Lea Steininger eine fundamentale Sozialstrategie.

Eine Lebensfrage

Bei näherer Betrachtung all dieser Beispiele zeigt sich, dass beim Thema Sozialstaat Dinge verhandelt werden, die weit über punktuelle Maßnahmen hinausgehen. Tatsächlich handelt es sich um eine Diskussion darüber, wie das gesellschaftliche Leben organisiert werden soll, um möglichst vielen Menschen dauerhaft ein möglichst gutes Leben zu ermöglichen. Entsprechend vehement weist Norman Wagner, Sozialpolitik-Experte bei der Arbeiterkammer Wien, Aussagen zurück, wonach die Kosten für den Sozialstaat den Wirtschaftsstandort gefährden würden. „Es ist doch so, dass arbeitende Menschen über ihre Steuern überdurchschnittlich viel zur Finanzierung des Sozialstaats beitragen. Wir brauchen für die Sicherung des Sozialstaats aber auch eine viel größere Beteiligung von Kapital und Vermögen.“

Wagner warnt vor Diskussionen, die darauf abzielen, Leistungen des Sozialstaats zurückzufahren. „Wir brauchen ganz im Gegenteil einen Ausbau des Sozialstaats, etwa wenn wir die Pflege nicht mehr auf die Frauen im Privatbereich abwälzen, sondern sie staatlich organisieren wollen. Wir brauchen Investitionen in soziale Infrastrukturen, von der Bildung bis zur Altenpflege. Und die Menschen brauchen in ihrem Leben Planungssicherheit, wozu auch möglichst sichere und gut entlohnte Beschäftigungsverhältnisse gehören.“

Tatsächlich erfreut sich der Sozialstaatsgedanke in Österreich weiterhin hoher Beliebtheitswerte. Laut dem AK COVID-Survey waren im Juni 2020 62 Prozent der Menschen in Österreich der Meinung, dass die Rolle des Sozialstaats im Zuge der COVID-Krise wichtiger geworden sei. Im Jänner 2021 stimmten bereits 65 Prozent dieser Aussage zu, wobei 40 Prozent der Befragten dem Sozialstaat eine „viel wichtigere“ Rolle einräumten. Dafür, dass er uns das ganze Leben erhalten bleibt, ist nun zu kämpfen. ■

Solidarität, die besteht

Österreich setzt im Gesundheits- und Pensionssystem auf eine solidarische Finanzierung und ist damit bisher im internationalen Vergleich und auch in Krisenzeiten gut gefahren. Expert:innen plädieren daher für einen starken Sozialstaat.

TEXT ALEXIA WEISS

Gereiftes Österreich: 1961 waren hierzulande 12,3 Prozent der Bevölkerung 65 Jahre oder älter. 30 Jahre später betrug der Anteil schon 15 Prozent. Heute, nach weiteren drei Jahrzehnten, sind es 19,4 Prozent. Die demografische Entwicklung wird als das Argument schlechthin angeführt, wenn die vermeintliche Nichtfinanzierbarkeit des Pensionssystems angeprangert werden soll. Dabei ist es ein ganz anderer Parameter, der anzeigt, ob das Pensionssystem auf sicheren Beinen steht. In Österreich sind die staatlichen Pensionen umlagefinanziert. Jene, die erwerbstätig sind, zahlen also die Pensionen der nicht mehr Berufstätigen. Peter Schleimbach, Bundessekretär für Branchen- und Kollektivvertragspolitik in der Produktionsgewerkschaft PRO-GE, spricht hier von einem „generationenübergreifenden Versorgungssystem“. „Die entscheidende Frage ist daher: Wie sieht es auf dem Arbeitsmarkt aus?“, betont Dinah Djalinous-Glatz, Referatsleiterin für Sozialversicherungspolitik im ÖGB.

Die demografische Entwicklung, die dazu führt, dass es von Jahr zu Jahr immer mehr Menschen ab 65 Jahren geben wird, sei zwar eine Herausforderung, räumt Djalinous-Glatz schon ein. Letztendlich sei aber eben nicht das Verhältnis der Zahl der Menschen im Pensionsalter zu jener im Erwerbsalter ausschlaggebend, „sondern die Relation der Zahl der auf Pensionen, Arbeitslosengeld, Notstandshilfe etc. angewiesenen Personen zu jener der Erwerbstätigen, die durch ihre Beiträge und Steuern diese Leistungen finanzieren.“ Es geht also um das Ausmaß und auch die Qualität der Erwerbsintegration.

In den Keller gerasselt

Die wesentliche Antwort auf die Alterung der Bevölkerung sei daher der Arbeitsmarkt. „Je besser es uns gelingt, dass mehr Menschen erwerbstätig sind, Arbeitslosigkeit konsequent bekämpft wird und die



Arbeitnehmer:innen ein gutes Einkommen beziehen, desto leichter wird uns auch die Finanzierung der Pensionen und des Sozialsystems insgesamt fallen“, so die ÖGB-Expertin. Österreich hat im vergangenen Jahrzehnt für das öffentliche Pensionssystem etwas weniger als 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufgewendet. Laut dem EU-Ageing-Report 2021 würden diese Aufwendungen bis 2070 auch nur sehr moderat auf 14,3 Prozent ansteigen, sagt Djalinos-Glatz.

„Dieses System hat über Jahrzehnte in wirtschaftlich unterschiedlichsten Phasen funktioniert“, zieht Schleimbach hier Bilanz. Das sei auch ein Beleg für die Sicherheit des Systems. In diese Kerbe schlägt auch Andreas Wohlmuth, Generalsekretär des Pensionistenverbands Österreichs (PVÖ). Im Gegensatz zu den dem Kapitalmarkt unterworfenen Pensionskassen habe es bisher im umlagefinanzierten Pensionssystem noch nie Pensionskürzungen gegeben. Internationale Beispiele würden hier zeigen, dass im Gegensatz dazu auf die privat organisierte Altersvorsorge kein Verlass sei. Wohlmuth verweist dabei vor allem auf die USA. „Nach der Finanzkrise sind dort die kapitalgedeckten Pensionssysteme in den Keller gerasselt.“

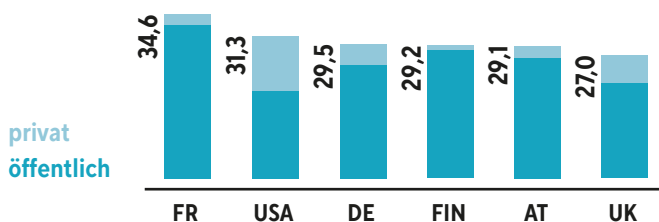
Aber auch in Österreich gebe es Beispiele für die Nachteile dieser Form der Altersvorsorge. In seiner Beratungsarbeit sei der PVÖ immer wieder mit Fällen konfrontiert, in denen Bezugsberechtigte privater Pensionskassen mit Kürzungen konfrontiert seien. Wohlmuth erzählt hier von einem Pensionisten, der als Angestellter einer Bank zusätzlich zur gesetzlichen Pension auch eine Pension aus einer Betriebskasse bezieht (dabei zahlt der Arbeitgeber in eine private Pensionskasse ein). Diese zusätzliche Pension betrug 400 Euro, inzwischen ist sie jedoch auf 250 Euro gesunken. „Da hängt es immer davon ab, wie sich Aktienmärkte entwickeln“, gibt er zu bedenken.

Gute Geschäfte mit Verunsicherung

Warum wird dann aber konstant vor der Unfinanzierbarkeit des Pensionssystems gewarnt, warum witzeln so viele Menschen im Alltag, dass sie ja dann, wenn sie einmal im Pensionsalter seien, wohl keine Rente mehr bekommen würden, von der sie ihr Leben würden finanzieren können? Diese Erzählung halte sich seit Jahrzehnten und über Generationen, sagt Schleimbach. Dahinter stünden jene, die ein Interesse daran hätten, „mit der Verunsicherung

Niedrige öffentliche Ausgaben führen oft zu hohen privaten (in % des BIP)

Quelle: OECD, AK Wien



Die einzige Gruppe, die von einer – zusätzlichen – privaten Pensionsvorsorge profitiert, ist laut AK-Expertin Monika Weissensteiner jene, die Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage bezieht.

gute Geschäfte zu machen“. Das seien im Wesentlichen eben die Anbieter von Veranlagungsprodukten.

Auf politischer Ebene wiederum ortet Djalinos-Glatz vor allem bei neoliberalen Kräften den Wunsch, die Staatsausgaben für die Pensionen zu senken. Ziel sei dabei, weniger Steuermittel für das öffentliche Pensionssystem auszugeben. Neben den Beitragszahlungen der Erwerbstätigen gibt es noch den sogenannten Bundesbeitrag, der die Differenz zwischen den Einnahmen und den Ausgaben des öffentlichen Pensionssystems abdeckt und aus Steuern finanziert wird. Mit Steuermitteln werden Maßnahmen wie die Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten oder Zeiten des Kranken- und Wochengeldbezugs oder des Präsenz- und Zivildienstes finanziert.

Steuermittel werden im öffentlichen Pensionssystem auch eingesetzt, wenn jemand eine sehr niedrige Pension beziehen würde, die nicht existenzsichernd wäre. Er oder sie erhält dann eine sogenannte Ausgleichszulage. Die Pension wird also bis zu einem bestimmten Betrag, den Ausgleichszulagenrichtsatz, erhöht. Dieser beträgt aktuell für Einzelpersonen 1.030,49 Euro, für Ehepaare 1.625,71 Euro. Damit seien die Betroffenen immer noch unter der Armutsgrenze, beklagt Wohlmuth. Er fordert eine deutliche Anhebung der Ausgleichszulage. Höher ist sie derzeit nur für jene, die auf eine lange Berufstätigkeit zurückblicken können. Wer 30 Jahre erwerbstätig war, erhält hier etwas mehr, nämlich 1.141,83 Euro, nach 40 Jahren sind es 1.364,11 Euro.

Ausgleichende Pensionsgerechtigkeit

Wie aber kann es sein, dass Menschen trotz langer Berufstätigkeit keine existenzsichernde Pension beziehen? Von jedem jährlichen Einkommen eines Erwerbstätigen werden 1,78 Prozent auf dessen

Pensionskonto gutgeschrieben, erläutert Monika Weissensteiner, Leiterin der Abteilung Sozialversicherungen in der AK Wien. Je höher das Einkommen, desto mehr sammle sich hier auch auf dem Pensionskonto an. In Niedriglohnbranchen oder wenn über viele Jahre Teilzeit gearbeitet werde, könne der schließlich erreichte Betrag aber zu niedrig ausfallen. Hier Sorge der Staat dann aber eben mit der Ausgleichszulage dafür, dass jede und jeder sein Auslagen finde. Auch das sei daher ein Argument für das staatliche System, so die Expertin.

Die einzige Gruppe, die von einer – zusätzlichen – privaten Pensionsvorsorge profitiere, seien jene, die Einkommen über der Höchstbeitragsgrundlage beziehen, so Weissensteiner. Diese liegt derzeit bei einem monatlichen Einkommen von 5.670 Euro brutto. Aber auch hier gibt sie zu bedenken, dass Pensionsversicherungen, die auf Investitionen auf dem Kapitalmarkt basieren, seit der Finanzkrise 2008 „höchst bescheidene Ergebnisse“ einfahren würden. Wer unter der Höchstbeitragsgrundlage liege und dennoch für eine höhere Pension einzahlen möchte, dem empfiehlt sie eine freiwillige Erhöhung der Beiträge in die gesetzliche Pensionskasse.

Diagnose: ein gesundes System

Bewährt hat sich in Österreich auch das solidarisch finanzierte Gesundheitssystem, betont Weissensteiner. Ja, es seien aktuell Versorgungslücken etwa im Bereich der kinderpsychiatrischen oder insgesamt der psychotherapeutischen Versorgung, in manchen Medizinbereichen aber auch der Mangel an Kassenärzt:innen medial in Diskussion. „Da gibt es Defizite, keine Frage.“ Die AK-Expertin führt hier auch an, dass hierzulande immer noch mehr auf Reparaturmedizin als auf Prävention gesetzt werde. „Im Vergleich zu anderen Ländern hat Österreich aber schon ein sehr gutes Gesundheitssystem“, betont Weissensteiner.

Dass jemand sich eine Operation nicht leisten könne, wie man das aus anderen Staaten höre, das gebe es hier nicht. „Die grundsätzliche Konstruktion, dass das Gesundheitssystem öffentlich beziehungsweise durch die Beiträge der Erwerbstätigen finanziert wird, sollte daher nicht angetastet werden“, fordert die AK-Expertin. Der niedergelassene Bereich werde von den Krankenversicherungen, also durch die Beitragszahlungen der Beschäftigten, finanziert. Die Krankenhäuser wiederum werden teils von den Sozialversicherungen, vor allem aber von den Ländern erhalten. Von einer Privatisierung des Gesundheitssystems sei jedenfalls keine Verbesserung zu erwarten.

Eine große Lücke in der sozialen Versorgung weist Österreich allerdings im Bereich der Pflege auf. Hier gibt es kein Versicherungsmodell wie etwa in Deutschland (das sich aber dort nicht unbedingt bewährt hat, wie Wohlmuth betont). Pflege wird teils privat, teils staatlich finanziert, das Risiko wird hier derzeit vor allem auf die Familien umgewälzt, wie Kurt Schalek, Referent in der Abteilung Ge-



„Internationale Beispiele zeigen“, so Andreas Wohlmuth, Generalsekretär des Pensionistenverbands, dass auf privat organisierte Altersvorsorge kein Verlass ist.“

sundheitsberuferecht und Pflegepolitik in der AK Wien, betont. 80 Prozent der Pflegebedürftigen würden hierzulande von Angehörigen betreut. „Hier bräuchte es viel mehr handfeste Unterstützung.“

Mobile Dienste kämen für maximal zwei Stunden pro Tag in einen Haushalt, hier müssten in vielen Fällen Angehörige zusätzlich einspringen. Sechs Prozent der Pflegebedürftigen werden von 24-Stunden-Kräften gepflegt, meist wird dieser Job von Frauen aus osteuropäischen Ländern gemacht. Die Kosten dafür bestreiten die Familien, wobei sie dabei auch auf das zuerkannte staatliche Pflegegeld zurückgreifen.

Bei der stationären Pflege gibt es in Österreich vor allem öffentliche sowie private, überwiegend nicht gewinnorientierte Einrichtungen, die wiederum öffentliche Förderungen beziehen. Gewinnorientierte Pflegeheime seien hierzulande meist kleine Familienbetriebe, noch selten größere Einrichtungen, in die sich internationale Investoren einkaufen, so Schalek.

Operativ gierig

Wie sehr private gewinnorientierte Modelle schiefgehen können, hat sich die Soziologin Emma Dowling von der Universität Wien in Großbritannien angesehen. Dort habe die staatliche Förderung der Privatisierung des Pflegesektors dazu geführt, dass gewinnorientierte Konzerne vor allem ihr Profitstreben gepflegt hätten. Private-Equity-Unternehmen, also Eigenkapitalgesellschaften wie Versicherungen oder Pensionsfonds, kauften ab den 2000er-Jahren mittels Krediten Pflegeheime auf und bildeten Ketten. Die einzelnen Häuser wurden mit Schulden belastet, die aus dem operativen Geschäft zurückgezahlt werden mussten. Gewinne wurden sofort abgeschöpft. Bei der Arbeit mit und der Betreuung von Menschen

gebe es aber kaum Möglichkeiten, die Produktivität zu erhöhen. Die Folge: Druck auf und prekäre Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte und eine schlechtere Versorgung für die zu Pflegenden. Einige der betroffenen Heime schlitterten auch schlicht in die Pleite und mussten geschlossen werden.

Von einem überraschend geschlossenen Pflegeheim kann Wohlmuth allerdings auch aus Wien berichten: Eine private Residenz habe kürzlich einfach die Verträge mit den dort betreuten Menschen gekündigt „und die Leute mit relativ kurzen Fristen vor die Tür gesetzt“. Sie habe zu wenig Gewinn abgeworfen. Sofort eingespungen sei dann die Stadt Wien: Man habe die Betroffenen aufgefangen und in anderen Einrichtungen untergebracht.

Pflegeheime nicht gewinnbringend zu führen, sei daher sinnvoll, betont Schalek. Er plädiert aber – auch um die Familien zu entlasten – für wesentlich höhere Ausgaben der öffentlichen Hand für Pflege und beziffert die nötigen Mittel dafür mit zusätzlichen 1,8 Milliarden Euro pro Jahr. Finanziert werden sollen diese Gelder aus Steuermitteln.

Solidarisch mit Lücke

Wie werden die Gesundheitsversorgung, die Pflege, das Pensionssystem besser angeboten und finanziert: privat oder durch die öffentliche Hand? Die Expert:innen sind sich hier einig, dass solidarisch organisierte Systeme zielführender sind, wobei Schalek darauf hinweist, dass es im Bereich Pflege noch eine große Lücke gibt. Interessanterweise ist in Österreich die Sozialquote, also die Summe der Sozialleistungen gemessen an der Wirtschaftsleistung, also dem Bruttoinlandsprodukt, relativ konstant. In den vergangenen 25 Jahren lag diese laut einer Aufstellung der AK Wien jeweils bei um die 27 bis 30 Prozent. Die COVID-Krise mit den massiven Unterstützungsleistungen wie jener für Kurzarbeit, für Arbeitslose oder für Wohnbeihilfen hob die Quote kurzfristig auf 34 Prozent.

Doch beispielsweise das Kurzarbeitsmodell illustrierte doch gerade, dass der Sozialstaat gut funktioniert „und uns gut durch die Krise geführt hat“, so Sybille Pirklbauer, Leiterin der Abteilung Sozialpolitik der AK Wien. Es gelte also, den Sozialstaat weiter zu stärken und zu entwickeln, „das heißt, in Pflege, Gesundheit, Klimaschutz, Bildung und in den Arbeitsmarkt zu investieren“. Der Sozialstaat sei zudem auch ein positiver Wirtschaftsfaktor, wie auch 2018 eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) im Auftrag der AK Wien ergab. Demnach seien ausgebauter Sozialstaaten auch krisenfester.

Dowling plädiert dafür, dass das gesamte Gesundheits- und Sozialwesen am besten in der öffentlichen Hand aufgehoben sei. „Man sollte diesen Bereich vor Gewinnorientierung schützen.“ Und wenn etwas privat angeboten würde, seien jedenfalls „Gemeinnützigkeitsklauseln nicht verkehrt“. Fazit der Soziologin: „Wenn alle für sich selbst sorgen, dann ist nicht für alle gesorgt.“ ▀

DREI FRAGEN ZUM THEMA

an Michaela Moser, Armutskonferenz

1 / Ein Faktor für Altersarmut bei Frauen sind niedrige Pensionen. Der Grund dafür liegt oft in langjähriger Teilzeitarbeit. Wie kann hier gegengesteuert werden?

Frauen zahlen einen hohen Preis fürs Sorgen. Die Übernahme unbezahlter Sorgearbeit für Kinder, Kranke oder Alte ist schwer mit Vollzeitarbeit zu vereinbaren, zumal es auch an Kinderbetreuungsangeboten mangelt. Hier braucht es ein anders Verständnis unterschiedlicher Formen von Arbeit, verkürzte Vollzeitarbeit, die Zeit fürs Sorgen lässt, ein Sozial- und Pensionssystem, das darauf besser Rücksicht nimmt, sowie eine gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern.

2 / Ein weiterer Faktor ist die niedrigere finanzielle Bewertung von Arbeit in frauendominierten Branchen wie dem Handel. Wie könnte dies strukturell gelöst werden?

Naheliegender wäre hier das Verhandeln besserer Mindestlöhne – was offenbar schwierig ist, weswegen einiges für einen gesetzlichen Mindestlohn spricht. Letztlich braucht es Veränderungen in der Bewertung von Arbeit. Es ist inakzeptabel, dass Tätigkeiten, die nun wohl alle als strukturell relevant erkannt haben, so schlecht entlohnt werden.

3 / Wie kann Frauen geholfen werden, die bereits in Pension und in finanzieller Not sind?

Strukturell durch eine Systemänderung. Konkret und in akuter Not soll mit professioneller Hilfe einer Frauen- oder Sozialberatungsstelle geprüft werden, ob alle Ansprüche ausgeschöpft sind und welche weiteren Unterstützungsmöglichkeiten finanzieller Art oder durch Sachleistungen es gibt. Wenn der gesundheitliche Zustand es erlaubt, schaffen Projekte wie z. B. die Lokale der „Vollpension“ Zuverdienstmöglichkeiten und bieten zugleich Orte der Begegnung zwischen den Generationen. Und natürlich müsste man die Mindestpensionen auf ein existenzsicherndes Niveau anheben.

Nichthandeln ist nicht gratis

Ungleichheit verringern, Stabilität für alle Krisenfälle, Fairness für alle Österreicher:innen: Die Soziologin Julia Hofmann und der Sozialpolitiker Adi Buxbaum liefern gute Argumente gegen einen Rückbau des Sozialstaates.

INTERVIEW EVA WINTERER

Arbeit&Wirtschaft: Warum brauchen wir eigentlich einen Sozialstaat?

Adi Buxbaum: Er trägt zur sozialen und gesellschaftlichen Stabilität bei und unterstützt die Menschen. Gerade der ungewollte Stresstest Pandemie hat das eindrücklich gezeigt. Aktuelle Umfragen zeigen, die Menschen wollen mehr Sozialstaat.

Tatsächlich?

Julia Hofmann: Ja, das zeigen zahlreiche Befragungen. Noch vor Corona haben wir

nach dem Wohlfahrtsstaatsmodell gefragt, in dem die Leute leben möchten. Der große Zuspruch für das skandinavische Modell hat uns selbst überrascht. Weit abgeschlagen hinter unserem konservativen Modell lag das liberale Modell – wie in den USA. Gerade in Krisenzeiten merken die Leute vermehrt, was der Sozialstaat für eine stabilisierende Kraft hat und dass Umverteilungsmaßnahmen notwendig sind.

Ein Leben ohne Sozialstaat? Was heißt das für die Gesellschaft und jede:n Einzelne:n?

Buxbaum: Das Vermögen oder der Kontostand würden im Wesentlichen darüber entscheiden, ob Kinder in die Schule gehen, eine dringliche Operation stattfinden kann oder ob ich bis 80 arbeiten muss. Für Österreich wäre das sehr bitter. Denn selbst jetzt hat die untere Hälfte der Haushalte eben keine Rücklagen, auf die sie zurückgreifen kann. Politisches Nichthandeln oder die Minimalversion eines Sozialstaats sind ein Ungleichheitsbeschleuniger.

Hofmann: Die Pandemie hat gezeigt, dass der Sozialstaat das Vermögen der Vielen ist. Er stabilisiert und sichert den Lebensstandard für die breite Mitte der Gesellschaft. Und er bringt auch den Reichen tatsächlich was. Untersuchungen zeigen, dass es

in ungleichen Gesellschaften etwa höhere Kriminalitätsraten und mehr Selbstmorde gibt. Das trifft auch die Reichen und ihre Lebensweise.

Wie ist es um den Sozialstaat in Österreich bestellt?

Buxbaum: Die hohe Sozialquote hat viele der sozialen Verwerfungen in der Pandemie spürbar eingedämmt. Gleichzeitig wurden auch die Lücken in der sozialstaatlichen Absicherung stärker sichtbar und die neu einge-



ADI BUXBAUM

geb. 1979, Studium VWL und internationale Politik an der WU Wien; seit 2008 Referent in der Abteilung für Sozialpolitik, AK Wien, seit 2013 Lektor an verschiedenen FHs



JULIA HOFMANN

geb. 1987, Studium Soziologie (Uni Wien), Doktorat Sozial- und Wirtschaftswiss. (JKU Linz); ab 2011 Lektorin Uni Wien und FH Campus Wien; 2017 Referentin für Ungleichheit/Forschung, AK Wien



AK Sozialpolitiker Adi Buxbaum sieht im politischen Nichthandeln oder einer Minimalversion eines Sozialstaats einen Ungleichheitsbeschleuniger.

fürten, notwendigen Ad-hoc-Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Folgen waren teils nur Einmalzahlungen und bedeuten keine langfristigen Weichenstellungen.

Also der Sozialstaat greift punktuell reparierend ein, aber macht keine großen, langfristigen Weichenstellungen?

Hofmann: Angesichts der großen Herausforderungen und des gesellschaftlichen Wandels, vor dem wir stehen, müssten wir bereits jetzt die sozialstaatlichen Instrumentarien nachschärfen. Aber da wird aktuell häufig wie bei der Feuerwehr agiert, aber keine Brandvermeidungsstrategie entworfen. Unser Sozialstaat muss unmittelbar armutsfest werden und den nötigen sozialökologischen Umbau verlässlich begleiten.

Buxbaum: Wir haben in der politischen Debatte zur Mittelverwendung teilweise eine gnadenlose Selektion. Nach dem neoliberalen Ansatz würden wir nur mehr das machen, was sich kurzfristig rechnet. Eine langfristige Bewertung und die damit verbundene Kostenwahrheit werden dabei oft ausgeblendet. Natürlich schränkt man sich dadurch vollkommen den politischen und gesellschaftlichen Handlungs- und Gestaltungsspielraum ein.

Wofür bräuchten wir denn einen Handlungs- und Gestaltungsspielraum?

Buxbaum: Es gibt mehrere notwendige Handlungsfelder: Fehlentscheidungen neokonservativer und neoliberaler Sozialpolitik sind zu revidieren, Ungleichheiten nachhaltig abzubauen, und eine neue, fortschrittliche Sozialpolitik ist zu etablieren – also Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Bildungsvererbung sowie zur Verbesserung des Wohnens und endlich zur tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter.

Hofmann: Unser Sozialstaatsmodell finanziert sich stark aus den Erwerbseinkommen. Das ist ja grundsätzlich nichts Schlechtes. Es bedeutet: Ich gebe einen Teil meines Gehalts ab und kann dafür die ganzen Leistungen in Anspruch nehmen. Alleine kann ich mir etwa keine gute Schule für meine Kinder leisten, aber wenn wir es alle gemeinsam zahlen, dann schon. Aber ist das gerecht? Denn auch die Vermögenden profitieren vom Sozialstaat und leisten, zumindest was ihr Vermögen betrifft, keinen bis kaum einen Beitrag. Und mit Blick auf die erwähnten Herausforderungen ist ihr Beitrag eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, etwa über Vermögen- und Erbschaftsteuern. Aber diese Gruppe ist uns de facto verschwunden.

Warum ist das so?

Hofmann: Wir haben uns als Gesellschaft einfach lange nicht diese Frage gestellt, auch weil uns zum Teil die Daten über die Struktur des Reichtums und der Vermögen in Österreich nicht zur Verfügung gestanden sind. Jetzt sehen wir, wie ungleich verteilt und hochkonzentriert die Vermögen in Österreich sind. Denn wenn 1 Prozent der Österreicher:innen rund 40 Prozent des Vermögens besitzt, dann ist das hochkonzentriert. Die Vermögensungleichheit ist in Österreich im internationalen Maßstab sehr hoch.

Buxbaum: Der Druck in der öffentlichen Debatte liegt zu stark auf den Armen. Das hat eine vollkommene Entsolidarisierung der Mitte gebracht. Teils entstand eine Allianz zwischen der Mitte und den oberen Einkommens- und Vermögensbezieher:innen, indem sie unsolidarisch zu den Unteren waren. Eigentlich hätte die „Solidarität mit unten“ entstehen müssen, denn der Abstand nach unten ist viel kleiner als der Abstand zu oben. Gerade in der jetzigen Situation, wo bereits im Dezember 2021 ein Drittel der Haushalte weniger Einkommen zur Verfügung hatte als zu Beginn 2021 und die Teuerung noch nicht voll durchgeschlagen hat, ist es umso verwunderlicher,



„Wenn alle von einem sozial ausgleichenden Staat profitieren, dann müssen auch die Reichen ihren fairen Beitrag dazu leisten“, sagt AK Arbeitsexpertin Julia Hofmann.

dass man die oben davonziehen lässt, während man nach unten die Leute abgehängt zurücklässt.

Hofmann: Die Mehrheit der Menschen ist ja für Umverteilung. In zentralen Bereichen wünschen sie sich ein Mehr an sozialstaatlichen Leistungen. Wie finanziert man das? Hier kommen wieder jene ins Spiel, die bislang im Verhältnis zu ihrem Vermögen zu wenig zum Sozialstaat beitragen. Es gibt eine Mehrheit für Vermögensteuermodelle, wenn sie nicht die „breite Mitte“ betreffen, sondern die erwähnten obersten 1 bis 10 Prozent. Wir haben in Österreich mittlerweile 40 bis 50 Milliarden:innen. Die haben so viel Vermögen, das ist eigentlich schon jenseits jeglicher Vorstellung.

Dann müsste doch die Einführung einer Vermögensteuer sehr einfach sein. Woran scheitert es?

Hofmann: Es scheitert an den gesellschaftlichen Machtverhältnissen und den politischen und wirtschaftlichen Netzwerken, die es in Österreich gibt. Da kommen wir bislang noch nicht durch.

Buxbaum: In sozialpolitischen Fragen ist die Bereitschaft zur Kurskorrektur in Österreich einfach nicht groß genug. Eine der Lehren

der zahlreichen Krisen müsste ja sein, dass Sozialpolitik immer Teil der Lösung ist und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Wie wirkt sich der mangelnde Beitrag der Vermögenden auf die Finanzierung der Leistungen aus?

Buxbaum: Es ist natürlich sehr verlockend für eine Bundesregierung zu sagen: „Wir wollen die Abgabenquote senken, damit den Menschen mehr übrig bleibt.“ Das ist jedoch nur auf den ersten Blick so. Denn es sollte klar sein, was das budgetär bedeutet, welche Summen da plötzlich wegfallen. Was auf der individuellen Ebene verlockend klingt, wird gesellschaftlich zu einem Problem. Und weil es dann zu Mittelkürzungen und schlechteren Leistungen kommt, kombiniert etwa mit der Aussage, dass es die Falschen bekämen, sind wir mitten in einer Entsolidarisierungsdebatte. Genau das ist nach einer jahrzehntelang aufgebauten sozialstaatsfeindlichen Erzählung ziemlich stark in den Köpfen der Menschen verankert.

Ist die Zuspitzung der sozialen Frage ein abrupter oder ein schleichender Prozess?

Hofmann: Es sind viele kleine Veränderungen, die über Jahre und Jahrzehnte ihre

Wirkung entfalten. Da wirkt, was gestern noch undenkbar war, heute schon normal. Diese Veränderungen führen dazu, dass viele sich das Leben nicht mehr leisten können und Begriffe wie „Eigenverantwortung“ immer mehr über Solidarität gestellt werden. Viele notwendige Kurskorrekturen und Verbesserungen bleiben damit aus. Und da sind wir bei den Kosten des Nichthandelns.

Buxbaum: Nichthandeln ist nicht gratis. Die Probleme, die wir jetzt nicht adressieren, werden zukünftig nicht kleiner – im Gegenteil. Daher möchte ich den Gedanken wiederholen: Ein funktionierender, zeitgemäßer und gut ausgebauter Sozialstaat ist immer Teil der Lösung. Das sehen wir auch bei den erfolgreichen nordischen Ländern.

Danke für das Gespräch!

& PODCAST

Das ausführliche Interview als Podcast finden Sie unter www.arbeit-wirtschaft.at/podcast

Sybillie Pirklbauer, Leiterin der Abteilung für Sozialpolitik der AK Wien
David Mum, Leiter der GPA-djp Grundlagenabteilung

Zusammengefasst von Eva Winterer

Sie nennen es Lohnnebenkosten – aber es sind Sozialstaatsbeiträge

Es gibt Dauerbrenner in der politischen Diskussion, die meisterhaft mit neoliberalen Spin geführt werden. So werden Maßnahmen, bei denen die Mehrheit verliert, als Gewinn für alle dargestellt. Lichtet sich dieser PR-Nebel, so eröffnet sich dem:der Betrachter:in ein ganz anderes Bild, aus dem vermeintlichen Gewinn für die Mehrheit der Bevölkerung wird ein tatsächlicher Verlust für ebendiese.

So auch bei der Senkung der Lohnnebenkosten. Je nach politischer Lage ist die Senkung einmal ein Garant für mehr Arbeitsplätze oder sichert sie ab – Stichwort Wirtschaftsstandort –, oder sie würde, wie aktuell argumentiert wird, den Arbeitnehmer:innen mehr Geld ins Börserl spülen – in Zeiten historisch hoher Teuerungsraten eine attraktive Verlockung. Lichten wir besagten PR-Nebel, so sehen wir eine gänzlich andere Wirkung: Die Reduktion der Arbeitgeber:innenbeiträge zum Sozialstaat entlastet unmittelbar nur die Unternehmen.

Es ist nichts nebensächlich an den so genannten „Nebenkosten“. Tatsächlich finanzieren sie die Kernleistungen unseres Sozialwesens und sind über die Kommunalsteuer eine wichtige Finanzierungsgrundlage der Gemeinden. Die Senkung hat die Unterfinanzierung und Leistungsreduktion für Arbeitnehmer:innen und Gemeindeaufgaben zur Folge. Ein reales Beispiel veranschaulicht die Wirkung einer Reduktion im Zehntelbereich. Die Kürzungsreformen für IESG, FLAF und UV der vergangenen Jahre um 0,1 bis 0,2 Prozent rissen eine jährliche Finanzierungslücke für Sozialleistungen von rund 1.060 Millionen Euro ins österreichische Budget. Ähnliches gilt für vermeintliche Beschäftigungseffekte und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Produkte. Studien zeigen nur kurzfristige Beschäftigungseffekte und die Lohnstückkosten in der Sachgüterindustrie liegen aktuell bereits unter dem EU-Durchschnitt. Das Gebot der Stunde ist jedoch das Problem Teuerung. Die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge als Maßnahme gegen die Teuerung ins Spiel zu bringen und höhere Sozialleistungen zu verschenken ist eine Themenverfälschung. Vielmehr braucht es eine Diskussion über eine breitere Sozialstaatsfinanzierung, die über die Lohnsumme hinausgeht, etwa durch einen höheren Beitrag von Vermögen.

**So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach:
 A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo**

Der geheime Jobmotor

In Österreich sind die Arbeitnehmer:innen in den sozialstaatlichen Institutionen unerlässlich, um das Land am Laufen zu halten. Was dabei oft übersehen wird: Das Personal kostet die Steuerzahler:innen wenig, da diese selbst eine hohe Wertschöpfung generieren.

TEXT STEFAN MAYER

Forderungen wie „Mehr Markt, weniger Staat!“ oder der Ruf nach einem schlanken Staat werden gerne ins Rennen geschickt, wenn es darum geht, einen angeblich überbordenden und zu teuren Sozialstaat zu kritisieren. Dieser Logik nach wären sozialstaatliche Institutionen in der jetzigen Form zu aufgeblasen, und es würden Ausgaben getätigt, die die Allgemeinheit zahlt und die wegen ihrer Ineffizienz am Ende also mehr „kosten“ als nutzen. So weit, so neoliberal gedacht. Übersehen oder auch oft ignoriert wird gerne, dass der Sozialstaat nicht nur als Dienstleister für die Bürger:innen

eine wichtige Rolle spielt, sondern auch als Dienstgeber österreichweit Zehntausende Jobs schafft – sei es in staatlichen Pflegeheimen, Kindergärten, Schulen, bei der Pensionsversicherungsanstalt oder bei der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK), um nur einige Felder zu nennen. „Es sind sehr viele Arbeitsplätze, die in der Wolke Sozialstaat schweben und der Allgemeinheit zugutekommen“, sagt Claudia Neumayer-Stickler, Leiterin des Referates für Gesundheitspolitik im ÖGB. Die Expertin betont, dass allein bei der ÖGK 12.000 Personen arbeiten, davon 4.000 direkt in der Gesundheitsversorgung.



Nachhaltiges Investment

Wie alle anderen auch zahlen Menschen, die bei sozialstaatlichen Institutionen angestellt sind, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Es gibt daher einen Rückfluss. Das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) hat sich 2017 die Kosten-Nutzen-Rechnung für den Bereich der Pflege in einer Studie zum Thema „Österreich 2025 – Herausforderungen und volkswirtschaftliche Effekte der Pflegevorsorge“ genau angesehen, und diese Zahlen geben Aufschluss darüber, was eine gute öffentliche Versorgung in diesem Bereich die Staatsbürger:innen tatsächlich kostet. „Unsere Studie basiert auf Berechnungen von ganz klaren Inputs von Pflegedienstleistern“, sagt die Ökonomin und stellvertretende Direktorin des WIFO, Ulrike Famira-Mühlberger. Die Ergebnisse zeigen, dass auf einen in einen Pflegejob der öffentlichen Hand investierten Euro ein Steuer- und Sozialversicherungsaufkommen von etwa 70 Prozent der Ausgaben kommt, also 70 Cent wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen – was bedeutet, dass dieser Euro nur 30 Cent „kostet“, der Rest wird wieder vom Staat Österreich eingenommen. „An der WIFO-Studie sieht man sehr gut die Multiplikatoren und die Wertschöpfung. Es wird zu viel über die Kosten geredet, aber zu wenig über die Rückflüsse“, sagt Adi Buxbaum von der Abteilung Sozialpolitik der AK, der zu sozialpolitischen Analysen arbeitet.

Positive Wirkungsketten

„Ich arbeite gerne mit Kindern. Wir Lehrer:innen geben den Kindern das Werkzeug für weitere Ausbildungen mit auf den Weg und beeinflussen somit zum Teil die Entwicklung unserer Gesellschaft“, sagt Christina K., die als Volksschullehrerin in Linz arbeitet. Lehrer:innenmangel ist ein Dauerproblem in Österreich. Von Vorarlberg bis in das Burgenland gibt es kein Bundesland, in dem nicht Personal fehlt. Das betrifft jedoch nicht nur Lehrer:innen, viele sozialstaatliche Institutionen brauchen zukünftig mehr Personal. „Aus der Pflegepersonalbedarfsprognose wissen wir, dass wir bis 2030 75.000 zusätzliche Personen in der Pflege benötigen“, sagt Neumayer-Stickler. Jobs, die vom Staat oder den Bundesländern geschaffen werden, rechnen sich über die Zeit. Auf EU-Ebene gibt es den Begriff der Sozialinvestition, das sind Investitionen in Menschen, die der Staat übernimmt. In Österreich ist man aber von einem Diskurs darüber, was ein Sozialstaat zu leisten hat, noch ein Stück entfernt. „Öffentliche Schulen sind das Fundament einer erfolgreichen Bildungsarbeit. Je mehr privat, desto mehr werden Unterschiede in der Gesellschaft zum Vorschein kommen. Die Politik

„Es sind sehr viele Arbeitsplätze, die in der Wolke Sozialstaat schweben und der Allgemeinheit zugutekommen“, blickt Claudia Neumayer-Stickler (ÖGB) auf das große Ganze.

„Öffentliche Schulen sind das Fundament einer erfolgreichen Bildungsarbeit.“

Claudia Neumayer-Stickler, ÖGB

muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit öffentliche Schulen auch attraktiv bleiben“, meint Volksschullehrerin Christina K. Die Investitionen in öffentliche Kindergärten und Schulen sind deshalb wichtig, auch weil es sich bei den Kindern und Jugendlichen um die Steuerzahler:innen von morgen und übermorgen handelt. Bei ausreichend guten Rahmenbedingungen kann man von positiven Wirkungsketten sprechen.

Das Werk läuft (noch)

Die Vielfalt der sozialstaatlichen Institutionen als Arbeitgeber:innen ist beeindruckend. „Es sind die unterschiedlichsten Berufsbilder, die einen Beitrag zum Funktionieren der Gesellschaft leisten. Auch das ganze Verwaltungspersonal dahinter ist erforderlich, damit das Werk läuft“, so Neumayer-Stickler. Denn nicht nur die sichtbaren, sondern auch die unsichtbaren Personen im Hintergrund sind für die Allgemeinheit im Einsatz. Doch was würde speziell in den Volksschulen notwendig sein, um zukünftig Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen zu schaffen? „Der Bedarf ist groß. Es würde Klassen mit zwei Lehrer:innen brauchen, um sich besser auf die Schüler:innen konzentrieren zu können, mehr digitale Lernmittel, mehr Infrastruktur für Sport in den Schulen, und es braucht mehr Geld für Kinderpsycholog:innen, und diese Schiene sollte überhaupt mehr ausgebaut werden“, sagt die Lehrerin aus Linz. Egal ob Lehrer:innen oder Verwaltungsangestellte, ob Pfleger:innen oder Kindergärtner:innen: Ein Sozialstaat muss für die Allgemeinheit da sein und darf nicht bei Dienstleistungen auf Kosten der Bürger:innen sparen. ▀

Ein Gamechanger für Europa

Die Prioritäten der EU haben sich gewandelt. Die Rede ist von einem Paradigmenwechsel in Richtung soziales Europa. Die Bürger:innen wollen mitgenommen werden, andernfalls droht das Mammutprojekt EU zu scheitern.

TEXT HEIKE HAUSENSTEINER

Zwischen 332 und 2.202 Euro bewegt sich der monatliche Mindestlohn in den EU-Ländern. Am höchsten ist er in Luxemburg, am niedrigsten in Bulgarien. Die Diskrepanz befeuert Lohn-Dumping im Binnenmarkt. Das soll sich ändern. Auf Vorschlag der Europäischen Kommission wird es bald eine Richtlinie (Rahmengesetz) für einen Mindestlohn geben. Nach dem Beschluss im Rat der zuständigen Minister:innen im Juni (nur Schweden und Dänemark stimmten dagegen) wird im September voraussichtlich auch das Europäische Parlament zustimmen. Innerhalb der nächsten zwei Jahre müssen die Mitgliedstaaten die Vorgabe national umsetzen.

Ein Konstruktionsfehler

Dass sich die Kommission in diesen Bereich vorwagt, werten viele als Paradigmenwechsel. Die EU hat kaum sozial- und arbeitsrechtliche Kompetenzen, denn diese liegen in der Hand der Mitgliedstaaten. Dies hat mit der Entstehungsgeschichte der Gemeinschaft zu tun: Man wollte einen Binnenmarkt mit wirtschaftlichen Freiheiten aufbauen – rückblickend „ein Konstruktionsfehler“, wie Oliver Röpke im Interview mit Arbeit&Wirtschaft sagt. Er ist Österreichs höchster Gewerkschaftsvertreter bei den EU-Institutionen in Brüssel.

Dass die EU „nur eine Wirtschaftsgemeinschaft“ wäre, hat er selbst früher kritisiert – wiewohl auch soziale Kompetenzen als unverbindliche Vorschriften existieren. Nachdem in der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 soziale Rechte angegriffen worden waren, habe erstmals Jean-Claude Juncker, Kommissionspräsident von 2014 bis 2019, eingeräumt: „Hier haben wir eine Schieflage, die repariert werden muss.“ Das sei der Hintergrund gewesen, die „Europäische Säule sozialer Rechte“ zu schaffen. 2017 wurde sie bei einem Sozialgipfel in Stockholm verabschiedet, zunächst als unverbindliche Deklaration, aber mit umfassenden Prinzipien und Rechten. „Das haben wir als Gewerkschaften grundsätzlich begrüßt. Jetzt haben wir die Situation, dass wir die Säule der sozialen Rechte abarbeiten. Derzeit kooperiert die Kommission ganz eng mit den Gewerkschaften“, hebt Oliver Röpke insbesondere Sozialkommissar Nicolas Schmit, Sozialdemokrat aus Luxemburg, hervor. „Aus Gewerkschaftssicht passiert momentan ein großer Prioritätenwechsel, nämlich dass man soziale Rechte als originäre europäische Aufgabe sieht.“

Gamechanger Mindestlohn

Fortschritte in Form konkreter Regelungen gibt es bereits – etwa die Vorgaben

zur Lohntransparenz oder die verbesserten Rechte für Plattform-Arbeiter:innen. Die Einigung über den Mindestlohn ist aus Röpkes Sicht „der größte Gamechanger“. Vorgeschrieben wird nicht die Lohnhöhe, sondern ein Mindeststandard: 50 Prozent des Durchschnittslohnes als absolute Untergrenze bzw. 60 Prozent des Medianlohnes. Alle Mitgliedstaaten, die nicht mindestens 80 Prozent Tarifabdeckung haben, müssen Maßnahmen ergreifen.

Mit dieser Lösung können die österreichischen Gewerkschaften leben – sie haben die Tarifhoheit. Eine Schwächung des Systems der Kollektivverträge durch „Einmischung der EU“ oder einen Zwang zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns hätte man nicht akzeptiert. Durch die EU-Einigung erhofft man sich eine weitere Stärkung der Sozialpartnerschaft.

Menschenwürdigkeits-Faktor

Das bedeutet nicht, dass künftig Menschen in Sevilla genauso viel verdienen wie in Stockholm. Die Mitgliedstaaten sind vielmehr verpflichtet, für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen für alle zu sorgen – nach Ansicht von Kommissar Schmit „ein großer Schritt nach vorne“, denn so könne die innere Armut bekämpft und die soziale Marktwirtschaft gestärkt



Österreichs EU-Gewerchaftsvertreter Oliver Röpke ortet einen großen Prioritätenwechsel in Brüssel: „Man sieht soziale Rechte jetzt als originäre europäische Aufgabe.“

werden. Bedenken der Wirtschaftsvertreter:innen entgegnet er: „Sind wir der Meinung, dass eine Gesellschaft mit denen, die etwas haben, und denen, die nichts haben, eine faire und stabile Perspektive bietet? Das glaube ich nicht.“ Er hält die Richtlinie für „etwas, das die Arbeitgeber:innen befürworten sollten“ – sie profitieren ja von einer erhöhten Nachfrage, wenn die Menschen mehr verdienen.

Auf die Frage nach der tatsächlichen Mitsprache auf EU-Ebene für den gewerkschaftlichen Part der Sozialpartnerschaft zieht Oliver Röpke eine positive Zwischenbilanz: „Wir sind heute einflussreicher als vor zehn Jahren. Wir bilden Allianzen mit der Kommission und dem Parlament. Im Wirtschafts- und Sozialausschuss, wo ich Vorsitzender der Gewerkschaften aus allen Mitgliedstaaten bin, haben wir die soziale Agenda versucht zu pushen, mit breiter Unterstützung sowohl bei Sozialdemokrat:innen als auch bei Christdemokrat:innen und Linken.“

Die ablehnende Skepsis bis in die 1990er-Jahre hat Platz gemacht für konstruktive Kritik und aktive Einmischung. „Wir, Gewerkschaft und Arbeiterkammer, haben seit Österreichs EU-Beitritt 1995 enorme Fortschritte gemacht, uns aktiv einzubringen. Denn es hat wenig Sinn, nur das eigene System zu verteidigen. Man

muss in Europa starke soziale Strukturen schaffen. Das wurde inhaltlich begriffen, auch hinsichtlich Präsenz auf europäischer Ebene.“ Als eine der Vizepräsident:innen des EU-Parlaments hat Österreichs Gewerkschaftsvertretung mit Evelyn Regner (samt starkem europäischem Büro) wohl den bisherigen Höhepunkt an gemeinschaftspolitischer Einflussphäre erreicht.

Die Weichen sind gestellt

Das Verhältnis zwischen nationaler und europäischer Politik bleibt angespannt. In Krisenzeiten sind Defizite von Strukturen besonders auffällig. Röpke erwähnt etwa solidarisch finanzierte Beschäftigungsverhältnisse. Österreich ist eines der EU-Länder, die ein traditionelles Modell der Kurzarbeit bereits vor Ausbruch der Corona-Krise kannten. Diese Art von Förderung wurde auf EU-Ebene erstmalig finanziert. Ebenso wie das Wiederaufbauprogramm seien „wesentliche Schritte durch die Krise begünstigt“ worden, und zwar mit starker Einbindung der Sozialpartner:innen – auch in Richtung Kaufkraftsicherung: „Hier war Österreich ein Positivbeispiel im Vergleich zu anderen Mitgliedsländern.“

Das spiegelt der Arbeitsmarktmonitor 2021 ebenfalls wider: Das Wirtschaftsfor-

schungsinstitut bewertet im Auftrag der AK Wien jedes Jahr die Beschäftigtenlage in den EU-Ländern anhand von Indikatoren wie Sozialsystem, Gehaltskluft, Erwerbsteilnahme, Ausgrenzungsrisiken etc. Immer wieder bestätigt sich, dass die nordischen Länder Spitzenplätze einnehmen und relativ resilient, also widerstandsfähig sind gegen soziale Abstürze. Schlusslicht sind die süd- und südosteuropäischen Mitgliedstaaten.

Ein soziales Europa ist nicht mehr utopisch. „Die Schienen sind gelegt, aber der Zug ist noch nicht fahrbereit“, so Oliver Röpke. Er war auch Mitglied der „Konferenz zur Zukunft Europas“ (2021/2022), bei der alle EU-Institutionen mit interessierten Bürger:innen Reformvorschläge erarbeitet haben. Die Forderungen: ein starkes soziales Europa, faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen, Armutsbekämpfung bis hin zur Kernforderung der Gewerkschaften, ein soziales Fortschrittsprotokoll in die EU-Verträge einzufügen.

Solche Änderungen kann rechtlich nur eine Vertragskonferenz beschließen, das Parlament hat sich bereits dafür ausgesprochen. Das letzte Wort haben wieder die Staats- und Regierungschefs. Wenn sie hier die Bürger:innen nicht mitnehmen, sieht Röpke schwarz: „Dann könnte das Mammutprojekt EU zusammenbrechen.“ ■

Die Sozialstaat-Story

*Er ist keine Staatscaritas – der Sozialstaat ist ein Demokratieprojekt.
Sein Ziel sind eine gerechtere Gesellschaft mit weniger Ungleichheit und die Chance auf
Mitbestimmung nicht nur bei Wahlen. Das rief und ruft oft starken Gegenwind hervor.*

TEXT BRIGITTE PELLAR

Der Sozialstaat ist eine Organisationsform der Gesellschaft – „sozial“ bedeutet „gesellschaftlich“. Sein Ziel: ein gutes Leben für alle und mehr Demokratie, in der die gleichberechtigte Mitbestimmung der Nichtprivilegierten auch in der Wirtschaft möglich ist. Bis zu diesem Ziel liegt noch ein sehr langer Weg vor uns, wir sind gerade erst ein paar Meter gegangen, und die Wahl von Betriebsräten gehört zu diesen Anfangsschritten. So in etwa können die Kernaussagen der Rede über den Sozialstaat zusammengefasst werden, die Bundespräsident Karl Renner den Delegierten des ersten Kongresses des österreichischen Gewerkschaftsbunds im Frühjahr 1948 mitgab.

Demokratie und Sozialstaat sind untrennbar

Die Forderung nach Demokratie und die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit waren von Anfang an eng miteinander verbunden und schon in den ältesten Demokratieprojekten zu finden. Das gilt für die „Tiroler Landordnung“ der aufständischen Bauern und Bergleute im 16. Jahrhundert ebenso wie für die „Wiener Jakobiner“ zur Zeit der Französischen Revolution. Es sollte dann noch weit mehr als ein Jahrhundert vergehen, bis damit begonnen werden konnte, ihre Ideen in die Tat umzusetzen. Mit der Gründung der demokratischen Republik 1918, deren Recht vom Volk ausging, bestanden dafür erstmals in der österreichischen Geschichte die Voraussetzungen. Die Sozialoffensive der Republikgründungsjahre, die untrennbar mit dem Namen des Gewerkschafters Ferdinand Hanusch verbunden ist, bezog nicht nur so viele Menschen wie möglich in das soziale Netz ein, sondern machte sie zu Leistungsberechtigten. Aus staatlicher Gnade wurde das Recht freier Bürger:innen. Aber – darauf machte Karl Renner ausdrücklich aufmerksam – ein funktionierender Wohlfahrtsstaat allein ist noch kein Sozialstaat. Einen Wohlfahrtsstaat für das „eigene Volk“ anbieten, das kann auch eine Diktatur oder ein autoritäres Regime. Als der erste ÖGB-Kongress tagte, waren erst drei Jahre vergangen, seit Hitler das in seinem nationalsozialistischen „Dritten Reich“ bewiesen hatte. Der Sozialstaat ist dagegen immer ein Rechtsstaat und ein Staat, der die Mitbestimmung auf allen Ebenen fördert.

Gerechte Freiheit statt „freier Markt“

Karl Renner nannte in seiner Rede das Betriebsrätegesetz als Beispiel, aber genauso ist hier die Errichtung von Arbeiterkammern als gleichberechtigte gesetzliche Interessenvertretung aller Arbeitnehmer:innen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft anzuführen – und ganz



Kampagne des Europäischen Gewerkschaftsbunds für ein soziales Europa 2006:
Das Volk sorgt für den Wandel.

besonders ein ausreichender Handlungsspielraum für Gewerkschaften. Und – das betonte der Bundespräsident auch sehr deutlich – der Sozialstaat scheut sich nicht, in den „freien Markt“ des kapitalistischen Wirtschaftssystems einzugreifen, wenn das notwendig ist, um mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Preisregelung, um die Grundbedürfnisse der Menschen mit wenig und mittlerem Einkommen bei einer Inflation zu sichern, wäre ein Beispiel dafür. Der perfekte Sozialstaat hat – davon war Renner überzeugt – das bestehende System mit seinen Ungerechtigkeiten zu einem menschenfreundlicheren umgeformt oder hinter sich gelassen. Wie die Teilnehmer:innen an den Sozialforen im 21. Jahrhundert glaubte auch er fest daran, dass „eine andere Welt möglich“ sei, allerdings nur, wenn das „von unten aus“ geschehe, wenn die Menschen frei sind, sich dafür ohne Angst einzusetzen und einzubringen. Aber der Sozialstaat stellt die Eliten infrage, deshalb wird der Weg zu ihm oft blockiert.

Immer wieder Gegenwind

Nach 1918 blies der Gegenwind rasch und rau. Nach dem Ende der faschistischen Herrschaft und des Zweiten Weltkriegs hieß es deshalb: „Zurück zum Start!“ In der Zweiten Republik kam man dann auf dem Weg zum Sozialstaat zunächst ein gutes Stück voran. Das Netz der sozialen Sicherheit wurde enger geknüpft, kürzere Arbeitszeit und bessere Arbeitsbedingungen schufen mehr Freiraum für die Beschäftigten, der Zugang zu Bildung öffnete sich langsam, aber sicher, und Betriebsräte bekamen mehr Mitspracherecht. Vor allem aber wurde die Gewerkschaft im Rahmen der Sozialpartnerschaft zur gleichberechtigten politischen Big Playerin gegenüber Unternehmer:innenvertretungen und staatlicher Verwaltung. Österreich war aber kein Sonderfall. In vielen Teilen Europas hatten verschiedene Modelle der Entwicklung zum Sozialstaat Konjunktur. Die „oberen Zehntausend“ spielten mit, solange die sogenannte „Systemkonkurrenz“ mit dem sowjetischen Block bestand – man wollte beweisen, dass die Mehrheit der Menschen im Kapitalismus besser lebt. Als die kommunistische Konkurrenz während der 1980er-Jahre verschwand, begann der Salto rückwärts – in Österreich weniger brutal als anderswo, aber durchaus deutlich spürbar. Es wird Zeit für eine Gegenoffensive im Interesse der Vielen. ►

Verteidigen und ausbauen



INGRID REISCHL

LEITENDE SEKRETÄRIN DES ÖGB

Unser Sozialstaat ist eine der größten Errungenschaften. Er schafft Sicherheit, und das bereits vor der Geburt durch den Mutter-Kind-Pass, aber auch in der Pension, und sogar über den Tod hinaus bietet er Unterstützung, etwa durch Rentenzahlungen an die Hinterbliebenen. Der Sozialstaat schafft Chancen durch Bildung, staatliche Kinderbetreuung und Sicherheitsnetze in harten Zeiten. Wie stark wir den Sozialstaat spüren, das variiert mit der Zeit und unserer aktuellen Situation. Oft brauchen wir ihn dann am meisten, wenn etwas Unvorhergesehenes passiert, etwa bei Krankheit, Unfällen oder Arbeitslosigkeit.

Seit Jahrzehnten wird unser Sozialstaat allerdings angegriffen und ausgehöhlt – manchmal sehr direkt, wenn dieses wichtige Sicherheitsnetz in eine „soziale Hängematte“ umgedeutet wird oder bei Forderungen wie „Wir sparen im System“. Es muss klar sein: „Im System sparen“ heißt, bei den Leistungen zu kürzen – so aktuell geschehen beim Heilsversprechen Patient:innenmilliarde und Reform der Krankenkassen, dem wahrscheinlich größten Angriff auf unser soziales Sicherungsnetz der letzten Jahre, der uns alle teuer zu stehen kommt. Oft sind es aber die kleinen, schleichenden „Reformschritte“: mal strengere Kriterien hier, mal Höchstbeträge statt Mindeststandards dort. Dabei haben wir gerade in den letzten Jahren schmerzlich zu spüren bekommen, wie wichtig der Sozialstaat ist.

Die Befürchtung ist: Er wird in den kommenden Monaten noch viel wichtiger werden. Denn unser Sozialstaat wird immer dann gebraucht, wenn der „heilige“ Markt versagt. Wir brauchen eine öffentliche Krankenversicherung, weil private nicht alle versichern. Wir brauchen ein höheres Arbeitslosengeld, weil der Markt nicht für ein ausreichendes Einkommen für alle sorgt. Wir brauchen sozialen Wohnbau, weil der Markt nicht genügend leistbare Wohnungen zur Verfügung stellt.

Marktversagen ist dem kapitalistischen Wirtschaftssystem inhärent. Die Pandemie hat das Marktversagen nun auf eine neue Spitze getrieben. In den Herbst blickend werden wir uns wohl auf mehr Marktversagen einstellen müssen. Die besorgniserregende Teuerung, die drohende Energiekrise, die Möglichkeit einer Rezession und die weiterhin grassierende Pandemie werden das Versagen der Märkte noch weitertreiben. Umso wichtiger ist es, dass wir Eingriffe in den Markt, wie Preisregulierungen und Abschöpfen von Übergewinnen, nicht scheuen – aber auch, dass wir unseren Sozialstaat nicht nur verteidigen, sondern ausbauen! ▀

Buchtipps aus dem ÖGB-Verlag**Buch | e-book**

Sozialleistungen im Überblick 2022

Lexikon der Ansprüche und Leistungen

Kammer für Arbeiter und Angestellte für WienRatgeber | 2022 | 484 Seiten | EUR 29,90
ISBN 978-3-99046-604-9

Dieser jährlich aktualisierte Ratgeber bietet allen Interessierten einen einfachen Zugang zu den wichtigsten Informationen über die zentralen Sozialleistungen in Österreich: von der Familienbeihilfe bis zur Alterspension, von der Rechtsgrundlage und Finanzierung der jeweiligen Leistungen bis hin zu Anspruchsvoraussetzungen und praktischen Hinweisen zur Antragstellung. Das Buch zeichnet sich durch eine klare Gliederung und die Kombination von Leistungsbeschreibung und sozialpolitischer Zusatzinformation aus. Die Gliederung orientiert sich an den typischen Lebenssituationen, in denen Sozialleistungen regelmäßig in Anspruch genommen werden:

Kinder/Familie, Arbeitslosigkeit, Wohnen, Arbeitsunfall, Ausbildung, Alter, Krankheit/Behinderung, Pflegebedürftigkeit, Ergänzende Sozialleistungen

**Buch | e-book**

Von der Schwangerschaft bis zum Schuleintritt

Ihre Rechte bei Mutterschutz, Karenz und Elternteilzeit

Hermin Karout, Bianca SchrittwieserRatgeber | 2021 | 188 Seiten | EUR 29,90
ISBN 978-3-99046-467-0

Das Buch behandelt alle Fragen von Beginn einer Schwangerschaft bis zu den ersten Lebensjahren des Kindes. Wann und wie muss die Schwangerschaft gemeldet werden? Welche Beschäftigungsverbote gibt es für schwangere ArbeitnehmerInnen? Wann beginnt der Kündigungs- und Entlassungsschutz bei Schwangeren, und wann endet er? Welchen Schutz haben Schwangere, die sich in einem befristeten Arbeitsverhältnis befinden? Das sind nur einige der vielen Fragen rund um das Thema Mutterschutz, die in diesem Ratgeber ausführlich behandelt werden. Neu in der zweiten Auflage aufgenommen ist die Thematik Papamonat: Dieser wurde am 1.9.2019 eingeführt und betrifft berechnete Geburtstermine ab 1.12.2019.

**WER SAGT JULIA, DASS
TAUSENDE HINTER IHR STEHEN?
WER, WENN NICHT**

DU

**Jetzt Materialien downloaden
und aktiv werden:
www.deineDrei.at/aktivwerden**

Eine Initiative deiner Gewerkschaft, deiner
Arbeiterkammer und deines Betriebsrats.

**NUTZE DEINE
KRÄFTE!
BR OGB AK**

Mehr auf **www.deineDrei.at**

© Peter Rigaud

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

AW